Freitag, den 8. Juli 1921 Einzelnummer 25 Pf. 1. Jahrgang — Nr. 146

Volkszeitung

für die Kreise Brieg, Ohlau, Strehlen, Münsterberg, Nimptsch

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 0.40 Mk., außerh. 0.60 Mk., Anzeigen unter Text 1.25 Mk., auswärts 1.10 Mk., Stellenangebote, Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 0.80 Mk. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vorm. 11 Uhr (2 Tage vorher) in der Expedition abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Geschäftsstelle: Brieg, Zollstraße 9 bei Vogt.

Bezugspreis: Die „Volkszeitung" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Expedition: Brieg, Zollstraße und durch alle Austräger zu beziehen. Wöchentlich 1.20 Mk., monatlich 5.10 Mk., vierteljährlich 15.30 Mk. (einschl. Bestellgebühr). Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 Mk. (ohne Bestellgebühr). Frei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 Mk., vierteljährlich 18.30 Mk.

Was sagen die Deutschen im Industriegebiet?

Lehren des dritten Aufstandes.

Von Karll Lonsky, M. d. R. (Kattowitz).

Seit zwei Tagen bekommen wir die ersten greifbaren Berichte aus dem Reiche. Nicht etwa, daß wir in der Zeit der Belagerung ganz ohne Nachricht waren. Ab und zu verlief sich schon eine Zeitung auch zu uns, trotz der Postsperre der Insurgenten. Hin und wieder kam auch ein ausländischer Journalist, der uns Mitteilungen von den Dingen machte, die draußen vorgingen. Aber die Zeitungen brachten nur dürftige Nachrichten und politische Vermutungen, die sehr selten aus der Kenntnis der wirklichen Verhältnisse gezogen waren. Die englischen, französischen und italienischen Journalisten aber betrachteten die Dinge in Oberschlesien und im Reiche fast immer von ihrem nationalen Standpunkt aus. Selten fand man einen, der sich bemühte objektiv zu sein. So waren wir gezwungen, aus dem dürftigen Material, das uns zuging und aus den recht unzuverlässigen Notizen der Nachrichtenbureaus uns ein Bild von den Dingen zu machen, die draußen vorgingen und die das Schicksal Oberschlesiens wesentlich beeinflußten. Heute sehen wir, daß dieses Bild sehr oft recht ungenau, manchmal sogar falsch war.

Und so wie uns, geht es auch der Bevölkerung im Reiche mit Oberschlesien. Die Berichte über den dritten Aufstand, die von der deutschen Rechtspresse gebracht wurden, sind ja im allgemeinen grauenhaft schön und romantisch, aber bedeutend weniger richtig. Gewiß sind sehr viele Uebergriffe vorgekommen, hunderte von Menschen wurden verschleppt, mißhandelt, viele getötet. Alles Dinge, die durchaus nicht zu entschuldigen sind und ein Schandmal für die Polen bleiben werden. Aber wenn man die Ausdehnung der Bewegung bedenkt, die ungeheure Dichte der Bevölkerung im Industriegebiet, den starken nationalen und Klassengegensatz, dann muß man gerechter Weise anerkennen, daß dieser Aufstand eigentlich verhältnismäßig geordnet vor sich ging, soweit man von Ordnung bei einer solchen Bewegung reden kann. Dem unbefangenen Beobachter drängte sich schon in den ersten Tagen der Eindruck auf, daß diese „Volkserhebung" von sehr geschickten Leuten seit langem vorbereitet, bis in kleinste organisiert und mit gütiger Genehmigung der hohen Interalliierten Kommission in Szene gesetzt wurde.

Nur eins klappte nicht. Man hatte mit dem Widerstand der deutschen Bevölkerung gerechnet. Die polnischen Zeitungen brachten schon viele Monate vor dem Aufstande ausführliche Aufmarschberichte der deutschen Selbstschutzorganisationen in Oberschlesien. Fast täglich konnte man in der „Grenzzeitung" und dem „Pollak", im „Standar Polski" und in der „Oberschlesischen Post" Namenslisten von Stoßtrupplern finden. Diese ewigen Hinweise auf die geheime bewaffnete Organisation der Deutschen und ihre Putschabsichten haben ihre Wirkung in Oppeln und Paris nicht verfehlt. Was man wünscht, glaubt man gern. Möglich, daß einige Ententepolitiker in Oppeln den polnischen Aufstand deshalb protegierten, weil sie der festen Ueberzeugung waren, daß er einen bewaffneten Widerstand der Deutschen auslösen würde. Daß diese Verteidigung dann in Paris zu einem Angriff der Deutschen auf die friedlichen Polen umgedeutet worden wäre, ist sicher.

Die Verteidigung blieb aus, und damit kamen die Polen und ihre Freunde in arge Verlegenheit. In begeistertem Schwunge ergossen sich die Scharen der Insurgenten über das ländliche Industriegebiet bis zur Korfantylinie. Die französischen Truppen zogen sich anscheinend auf einen Befehl von Oppeln ohne jeden Widerstand in die Städte zurück. Nach einem Befehl des Oberkommandierenden war ihnen streng untersagt, auf die Insurgenten zu schießen. Die italienischen Truppen im südlichen Industrierevier hatten eine andere Auffassung vom Pflichtgefühl. Sie leisteten in den ersten Tagen ganz energischen Widerstand. Später mußten sie sich allerdings, der Uebermacht der Insurgenten weichend, vielleicht auch einem höheren Befehl folgend, ebenfalls passiv verhalten. Der deutsche Selbstschutz aber schwieg. Im ganzen Industriegebiet ging kein Gewehr los. Das war eine unvorhergesehene Ueberraschung. Ratlos stand man im eroberten Gebiet. Die Städte durfte Korfanty nicht besetzen, denn auch die Heeresleitung der Interalliierten Kommission hatte immerhin dabei eine gewisse Ehre zu verlieren. Weiter in Oberschlesien vordringen durfte er aber auch nicht, wenn er die Regierung in Oppeln nicht in Verlegenheit setzen wollte. Der glorreiche nationale Aufstand drohte, eine Komödie zu werden.

In diesem für die Polen und ihre Ententefreunde kritischen Augenblick erschien ihnen der deutsche Selbstschutz wie ein rettender Engel. Jetzt war etwas vorhanden, an dem sich die nationale Begeisterung der Polen und das „Gerechtigkeitsgefühl" der hohen Regierung in Oppeln austoben konnte. Praktisch nützen konnte der Selbstschutz nichts. Kein Mensch, der die Verhältnisse kennt, wird im Ernst glauben, daß er stark genug wäre, die Insurgenten, die Truppen der Interalliierten Kommission und vielleicht gar die reguläre polnische Armee zugleich zu schlagen. Aber als Schreckgespenst für die Entente und für die polnischen Patrioten war er recht gut zu gebrauchen. Die Macher des Aufstandes und ihre geheimen Freunde in der Oppelner Regierung benützten jede Gelegenheit, die fürchterliche Gefahr der deutschen Invasion gebührend hervorzuheben. Vielleicht wären die Insurgenten schon in der zweiten Woche des Aufstandes beschämt nach Hause gegangen. Die Interalliierte Kommission hätte sie zurückpfeifen müssen, wenn sie nicht alle Achtung verlieren wollte. Der Selbstschutz galvanisierte den Aufstand. Er gab den Insurgentenbanden an der Front in den Augen der Staatsmänner in England und Frankreich eine gewisse Existenzberechtigung. Noch mehr, er verschlechterte die diplomatische Lage der Reichsregierung in der oberschlesischen Frage außerordentlich.

Die Räumung des Industriegebiets wird in kürzester Zeit vollendet sein. Die Insurgententruppen sind, soweit sie aus Kongreßpolen stammen, schon über die Grenze geschafft worden. In den oberschlesischen Dörfern laufen die Teilnehmer des Aufstandes natürlich frei herum. Sie sind amnestiert. Wie weit sie entwaffnet sind, läßt sich recht schwer feststellen. Sicher ist, daß ungeheure Mengen an Kriegsmaterial in Oberschlesien versteckt sind. Aber auch der Selbstschutz scheint durchaus nicht so abzurüsten, wie man es wünschen möchte. Uns Oberschlesiern kann er durchaus nichts nützen. Noch schädlicher wäre für uns die Organisation eines deutschen Selbstschutzes im Industriegebiet selbst. Er wäre eine böse Gefahr für die deutsche Bevölkerung. Das ist die Auffassung aller maßgebenden Politiker Oberschlesiens von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen.

Der Hohe Rat wird Oberschlesien verteilen. Er hat aber auch die Pflicht, dem Deutschen Reiche und Polen den auf beide entfallenden Teil Oberschlesiens in bester Ordnung und vollständig unversehrt zu übergeben. Jede illegale bewaffnete Bewegung gegen die Entscheidung des Hohen Rats ist ein Verbrechen an der friedlichen oberschlesischen Bevölkerung. Sie vertraut auf eine gerechte Entscheidung über ihre Zukunft. Aber sie lehnt es entschieden ab, Oberschlesien in einen Trümmerhaufen verwandeln zu lassen.

Genosse Kohl über Oberschlesien.

Genosse Kohl berichtete dann über die

Argumente der polnischen Sozialisten

gegenüber den Vertretern der Gewerkschaftsinternationale. Dr. Sumplowicz-Sosnowice führte zum Beispiel aus: Polen sei von den Okkupationstruppen im Kriege wirtschaftlich beraubt worden. Es verbrauche 19 Millionen Tonnen Kohle. (?) Geographisch liege das Zentrum Deutschlands weiter von Oberschlesien als das Zentrum Kongreßpolens. Für Deutschland sei Oberschlesien entbehrlich (?), für Polen eine Frage von Leben und Tod. Die fehlenden Verkehrswege nach Polen könnten später ausgebaut werden. Das polnische Volk sei bisher nur künstlich vom Aufstieg ferngehalten worden. Für Deutschland sei Oberschlesien nur militärisch von Wert, als Rüstkammer für einen Revanchekrieg (!) . . . Aehnlich argumentierten die polnischen Vertreter Caspari, Bienskiewicz, Adamek, Danisch usw.

Auf polnischen Vorschlag wurde dann der Nikischschacht besucht, wo die Polen geschickt alles so herzurichten verstanden, daß die ganze Belegschaft und der ganze Betrieb einen

polnischen Eindruck

machte. Auch die Häuser der Orte waren überall in den polnischen Farben geschmückt. Wer die Orte kennt, wußte: größtenteils zwangsweise. Aber auf die Delegation machte es doch wohl Eindruck. Eine deutsche Grube zu besuchen, blieb keine Zeit. Ob die Polen dafür Pässe freigegeben hätten, ist auch unwahrscheinlich. Unsere Genossen aber hatten dazu ja die Macht nicht.

Ueber Sosnowice, wo alles voll regulären polnischen Militärs lag, ging es dann nach Krakau. (Schluß folgt).

Französische und belgische Vorstöße.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Auf Grund der Urteile des Leipziger Reichsgerichts in den letzten Verhandlungen und infolge der Ermordung des französischen Majors in Beuthen führt die Pariser Presse eine überscharfe Sprache, die die vorläufige Hoffnung der Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland wieder verringert.

Die „Liberte" schreibt: „Die Alliierten würden eine unglaubliche Torheit begehen, wenn sie den Deutschen noch länger die Aufgabe überließen, deutsche Kriegsverbrechen zu sühnen. Wir werden unsere Intelligenz und unsere Würde besser wahren, wenn wir zugleich mit unseren Verbündeten erklären, daß wir fortan auf alle Prozesse gegen Kriegsbeschuldigte verzichten. Ein solcher Beschluß würde das Versagen der Rechtspflege vor der Welt brandmarken. Wir behielten unsere Rechtsansprüche und das Gewissen der Welt bliebe in Empörung. Der Triumph der Straflosigkeit würde bessere Wirkung tun, als diese Farce der Justiz, ob beständige Herausforderung unseres Schmerzes, diese Beleidigung der Opfer, deren Sterben ohne Rache bleibt.

Auch von der belgischen Regierung wird gegen die Aburteilung bezw. Freisprechung der von Belgien beschuldigten Kriegsverbrecher entschieden protestiert. Der Minister des Auswärtigen, Jaspar, benutzte gestern anläßlich der Beratung des Budgets für die Auswärtigen Angelegenheiten die Zeit, um vor der Kammer bekannt zu geben, daß sofort nach dem Freispruch in Leipzig durch den belgischen Gesandten in Berlin Protest eingelegt wurde, da Belgien nicht zulassen könne, daß der Gerichtshof in Leipzig weiter fortfahre, die unter der Anklage von in Belgien begangenen Verbrechen standen, abzuurteilen. Die belgische Regierung beabsichtigt, beim Obersten Rat in dieser Angelegenheit Vorstellungen zu erheben.

Die Beuthener Vorgänge.

Blättermeldungen zufolge hat das Mitglied des oberschlesischen Zwölferausschusses, Genosse Cyrus, in einem Schreiben an die Interalliierte Kommission schärfsten Protest gegen das Verhalten der französischen Besatzung in Beuthen anläßlich der Zwischenfälle beim Einzug der englischen Truppen erhoben. In dem Schreiben wird geschildert, in wie grausamer Weise die französischen Soldaten die wehrlose Menge, die zum größten Teil aus Frauen und Kindern bestand, mißhandelte. Auf Grund von Aussagen von Augenzeugen wird festgestellt, daß sich im Rücken des erschossenen französischen Majors, der von hinten getroffen wurde, keine Demonstranten, sondern nur französische Soldaten befunden haben. Die Tatsache berechtige zu der Annahme, daß der Major in unbeabsichtigter Weise von den französischen Soldaten, die in die Menge feuerten, erschossen worden sei. Das Protestschreiben schildert dann weiter die bestialische Weise, in der von den Franzosen auf der Straße verhaftete junge Leute mißhandelt worden seien. Auf dem Transport zum „Quartier Foch" hätten die Franzosen auf die Gefangenen mit Gummiknüppeln und Reitpeitschen eingeschlagen, und auf dem Kasernenhof seien sie so lange mißhandelt worden, bis sie alle auf einem Haufen zusammenbrachen. Cyrus, dessen Bruder sich unter den Verhafteten befindet, schließt die Schilderung mit den Worten: „Nach übereinstimmender Angabe aller von mir vernommenen Augen- und Ohrenzeugen haben sich die französischen Soldaten und Offiziere wie wilde Tiere benommen und unerhörte Grausamkeiten begangen.

Der Kattowitzer Bahnhof wieder frei.

Die Uebergabe des Bahnhofs hat sich bis 4 Uhr nachmittags hingezogen. Sie erfolgte pünktlich 4 Uhr in Gegenwart eines interalliierten Kommandos, von Vertretern der deutschen Eisenbahn-, sowie der früheren polnischen Eisenbahnbehörde. Abends 6 Uhr 13 Min. wird der erste Schnellzug aus Berlin den Bahnhof Kattowitz erreichen. Der gesamte Güter- und Nebenbetrieb ist seit 4 Uhr wieder aufgenommen.

Der verhängnisvolle Schuß in Beuthen.

Die Untersuchung des Mordes an Major Montalegro hat ergeben, daß die Kugel von der Sedanstraße aus Roßberg gekommen ist. Der Mörder soll ein 19jähriger Bursche (früherer Insurgent) sein. Die Mutter wurde verhaftet, weil der Sohn flüchtig ist. Die Geiseln sind bisher nicht freigegeben.

Das Steuerprogramm der Regierung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Politisch war der Redekampf Wirth-Helfferich um die neuen Steuern, der am Mittwoch im Reichstag stattfand, auf die schon bekannten Töne gestimmt. Wirth sagt: Wir müssen, und — hoffentlich — können wir auch. Helfferich krächzt dazu fein: Wir können ja doch nicht.

Wenn ein Schiff am Untergehen ist, und alles an die Pumpen eilt — und dann ein Mann kommt, der höhnisch auseinandersetzt, das alles sei ein ganz lächerliches Beginnen, denn ersaufen müsse man ja doch, so wird er sich nicht übermäßig beliebt machen. Seine Unbeliebtheit wird sich aber noch steigern, wenn man bemerkt, daß er als Einziger von allen mit einer ganz ausgezeichneten Schwimmweste versehen ist. Jene Kreise, deren berufsmäßiger Vertreter Herr Helfferich in allen seinen verschiedenen Stellungen, als Bankdirektor, Staatssekretär, Parteiführer, stets gewesen ist, werden an den Reparationslasten ganz gewiß nicht zu Grunde gehen. Und wenn Herr Helfferich eine einschneidende Besteuerung des Besitzes mit dem platten Witz abzuwehren versucht, 120 Prozent seines Vermögens könne auch der reichste Mann nicht bezahlen, so ist darauf zu erwidern: 120 Prozent von seinem wirklichen Vermögen kann allerdings kein Mensch bezahlen, 120 Prozent aber von dem Vermögen, mit dem sie zur Steuer eingeschätzt sind, können sehr viele bezahlen und sie werden dann noch ganz schöne Summen zurück behalten.

Der Reichskanzler hat in der Tat auf einen außerordentlich wichtigen Punkt der ganzen Steuerfrage hingewiesen, wenn er sagte, die verbesserte Erhebung einer alten Steuer sei oft mehr wert, als die Einführung einer neuen. Die Erträge aus den Besitzsteuern werden sich als befriedigend erweisen, wenn die Papiermark als Zahlungsmittel zu einem beweglichen Faktor wird und von Zeit zu Zeit wiederholte Nachschätzungen des vorhandenen Vermögens erfolgen.

Am meisten war man darauf gespannt, von Dr. Wirth zu hören, in welcher Weise der vom Reichswirtschaftsamt angeregte Gedanke einer schärferen Erfassung der Goldwerte für das neue Steuerprogramm fruchtbar gemacht werden ist. Es soll das in Form einer sogenannten Verebelung des Reichsnotopfers erfolgen, durch die der Vorteil, den der Realbesitzer vor dem Papierbesitzer bisher gehabt hat, ausgeglichen werden soll. Das gesamte Reichsnotopfer wird nun in zehn Jahren, statt dreißig resp. bei der Landwirtschaft fünfzig, abzutragen sein. Vermögenszuwachs soll durch wiederholte Nachschätzungen erfaßt werden. Dies soll auch schon mit dem Zuwachs, der in der Zeit von Ende Juni 1919 bis 1921 entstanden ist, geschehen.

Ueber einen weiteren Versuch, den Gedanken der Erfassung der Goldwerte für die Reichsfinanzen praktisch zu machen, hat sich Dr. Wirth mit viel größerer Vorsicht und Unbestimmtheit ausgesprochen. Es handelt sich bei diesem Plan nicht mehr um die allgemeine 20 prozentige Reichsbeteiligung, die dem Reichswirtschaftsamt vorschwebte, sondern nur noch um die Beteiligung des Reiches an bestimmten Industrien, die in verhältnismäßig wenig großen Unternehmen konzentriert sind. Das Reich soll von diesen Industrien Genußanteilscheine erhalten, die im Notfall auch verkauft oder verpfändet werden können.

Da es sich hier nicht um eine allgemeine Besteuerung, sondern um das Herausgreifen einzelner Wirtschaftszweige handelt, mußte die Frage der Entschädigung auftauchen. Sie soll nach den Ankündigungen des Reichskanzlers dadurch gelöst werden, daß zu Gunsten der durch Reichsanteilscheine belasteten Industrien eine Modifizierung der sonstigen Steuern eintritt. Die Ausnahmebehandlung jener Industrien durch die Reichsbeteiligung soll vergütet werden durch eine steuerliche Ausnahmestellung. Hier liegt ein sehr heikler Punkt des Projekts, es wird sehr darauf zu achten sein, daß die zur Reichsbeteiligung ausersehenen Industrien nicht zu Trägern von Steuerprivilegien gemacht werden, die für das Ganze schwer zu ertragen wären.

Im übrigen hat die Rede des Reichskanzlers keine neuen Tatsachen gebracht. Was sie über Verbrauchssteuern, Körperschaftssteuern, Kapital-Umsatzsteuern usw. sagt, war schon zuvor bekannt. Es hätte auch nicht viel, wie unser Genosse Müller-Hameln betonte, den berechtigten Wünschen der Gemeinden durchaus nicht entgegen. Der Entwurf ist sehr oberflächlich gearbeitet. Er spricht von „wichtigen Schlüssen". Aber dieser falsche Jungenschlag ist bei dem Kabinett Stegerwald, das immer noch rechts schielen muß, begreiflich.

Den Schluß der Sitzung füllte die Beurteilung der Großen Anfrage unseres Genossen Gleitze über allgemeine Kündigungen von Heuerlingspachtverträgen in Westfalen und Osnabrück aus. Die Redner der Rechten finden die Lage der Heuerlinge so gut, daß sie das gespannte Verhältnis, das heute in vielen Gegenden zwischen den Großen und Kleinen auf dem Lande besteht, sich nur durch sozialdemokratische „Verhetzung" erklären können. Der Redner der Unabhängigen unterstrich noch einmal, was schon gestern unser Genosse Hubert an Beweisen vorbrachte. Der Demokrat macht sich die Sache mit „Zwar" und „Aber" ein bißchen bequem und erteilt nach rechts und links kleine Rügen. Er findet, daß die Lage des kleinen Mannes auf dem Land dort am besten ist, wo der Herr mit den Knechten noch zusammen am Tische ißt und das alte Patriarchentum noch lebt. Mag sein, daß es noch hie und da einige Patriarchen gibt, deren Lebensführung sozial versöhnend wirkt. Weiße Raben! Der Fürst Bentheim und nicht irgend solch ein Patriarch ist es, von dem das Volk das Wort geprägt hat: „er lebt wie der Fürst Bentheim!" Das ist der Mann, für den Herr Stendel und Herr Kaufhold sich so warm ins Zeug legten.

Streik der Berliner städtischen Arbeiter?

Das Gesamtergebnis der Urabstimmung über einen Sympathiestreik der städtischen Arbeiter zur Unterstützung der städtischen Gutsarbeiter hat 30 786 für und 10 363 gegen den Streik ergeben. Die 3000 Funktionäre der städtischen Arbeiter nahmen gestern abend nach vierstündiger Debatte folgende Resolution an: „Der Streik der städtischen Arbeiter ist hiermit für Freitag, den 8. Juli, erklärt, er tritt aber erst in Kraft, wenn das Ergebnis der Verhandlungen der Stadtverordneten bekannt ist. Sollten die Gutsarbeiter, mit den Bedingungen, die der Magistrat stellt, einverstanden sein, so werden die übrigen städtischen Arbeiter nicht in den Streik treten. Sollten die Gutsarbeiter nicht mit den Bedingungen einverstanden sein, so würde die sofort gebildete Streikleitung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter alle weiteren Maßnahmen ergreifen."

Meinungsfreiheit.

Die Hamburger Parteigenossen haben gegen Paul Müller, der die republikanischen Farben beschimpfte und für schwarzweißrot eintrat, das Ausschlußverfahren eingeleitet. Paul Müller hat darauf in einem höhnischen Schreiben seinen Austritt aus der Partei erklärt und ihr vorgeworfen, daß sie Meinung und Gewissensfreiheit nicht achte.

Natürlich greift die bürgerliche Presse diese Anschuldigungen mit Vergnügen auf. Deshalb sei hier gesagt: Der Ausschlußantrag gegen Paul Müller hat mit Meinungs- und Gewissensfreiheit nichts zu tun. Niemand in der Partei verwehrt dem Mann, über Republik und Monarchie, über altes und neues System, über schwarzweißrot und schwarzrotgold seine Meinung zu haben. Aber eine Partei ist eine Gemeinschaft gleichmeinender Menschen, die demselben Ziel zustreben. Was hätte die Sozialdemokratie für einen Sinn, wenn in ihr Freunde des alten Systems, demokratische Republikaner und Anhänger der bolschewistischen Räteherrschaft durcheinander säßen? In jeder sachlichen Frage würde eine solche Partei auseinanderfallen. Die Partei respektiert gewiß jede ehrliche Ueberzeugung; aber wer in seinen Grundanschauungen von der Partei abweicht, muß nicht in ihr bleiben, sondern sich eine, seinen Ueberzeugungen entsprechende Partei suchen. Dazu sind ja die anderen Parteien rechts und links von uns da. Zwischen Paul Müllers politischen Grundanschauungen und den unseren klafft ein unheilbarer Riß. Wenn wir Paul Müller auffordern, sich einer seiner Ueberzeugung entsprechenden Partei anzuschließen, so liegt darin nicht die geringste Vergewaltigung der freien Meinung, sondern lediglich ein Aussprechen der Tatsachen, daß ein gemeinschaftliches Arbeiten mit ihm der Partei nicht mehr fruchtbringend erscheint.

Tarifverträge im Bekleidungsgewerbe.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband schreibt uns:

Im Jahre 1920 wurden 284 Tarife neu abgeschlossen und 821 erneuert, so daß am Schlusse des Jahres 555 Tarife bestanden; davon sind 4 Reichs- und 551 Ortstarife. Die 555 Tarife erstrecken sich auf 530 Orte und haben Gültigkeit für 21 157 Betriebe mit 201 070 beschäftigten Personen. Von den Beschäftigten sind 129 063 = 64,2 v. H. Mitglieder des Verbandes.

Reichsbeteiligung ausersehenen Industrien nicht zu Trägern von Steuerprivilegien gemacht werden, die für das Ganze schwer zu ertragen wären.

Im übrigen hat die Rede des Reichskanzlers keine neuen Tatsachen gebracht. Was sie über Verbrauchssteuern, Körperschaftssteuern, Kapital-Umsatzsteuern usw. sagt, war schon zuvor bekannt. Es hätte auch nicht viel, wie unser Genosse Müller-Hameln betonte, den berechtigten Wünschen der Gemeinden durchaus nicht entgegen. Der Entwurf ist sehr oberflächlich gearbeitet. Er spricht von „wichtigen Schlüssen". Aber dieser falsche Jungenschlag ist bei dem Kabinett Stegerwald, das immer noch rechts schielen muß, begreiflich.

Den Schluß der Sitzung füllte die Beurteilung der Großen Anfrage unseres Genossen Gleitze über allgemeine Kündigungen von Heuerlingspachtverträgen in Westfalen und Osnabrück aus. Die Redner der Rechten finden die Lage der Heuerlinge so gut, daß sie das gespannte Verhältnis, das heute in vielen Gegenden zwischen den Großen und Kleinen auf dem Lande besteht, sich nur durch sozialdemokratische „Verhetzung" erklären können. Der Redner der Unabhängigen unterstrich noch einmal, was schon gestern unser Genosse Hubert an Beweisen vorbrachte. Der Demokrat macht sich die Sache mit „Zwar" und „Aber" ein bißchen bequem und erteilt nach rechts und links kleine Rügen. Er findet, daß die Lage des kleinen Mannes auf dem Land dort am besten ist, wo der Herr mit den Knechten noch zusammen am Tische ißt und das alte Patriarchentum noch lebt. Mag sein, daß es noch hie und da einige Patriarchen gibt, deren Lebensführung sozial versöhnend wirkt. Weiße Raben! Der Fürst Bentheim und nicht irgend solch ein Patriarch ist es, von dem das Volk das Wort geprägt hat: „er lebt wie der Fürst Bentheim!" Das ist der Mann, für den Herr Stendel und Herr Kaufhold sich so warm ins Zeug legten.

Reichstagsschluß.

Die letzte Reichstagssitzung dieses Sommers erweist ihr besonderes Gepräge dadurch, daß fast nur

Vorlagen sozialer Charakters

verabschiedet wurden, und daß fast ausschließlich Redner der sozialistischen Linken zu Worte kamen. Dabei traten die beiden Seelen in der Brust der unabhängigen Fraktion auf beinah groteske Weise in Erscheinung. Bei der Invalidenversicherung und der Wochenfürsorge waren es die unabhängigen Redner Karsten und Frau Agnes, die in letzter Minute völlig aussichtslose Erweiterungsanträge stellten und unseren Parteigenossen schwere Vorwürfe machen zu dürfen glaubten, weil sie eine solche rein agitatorische Taktik nicht mitmachen wollten. Die unabhängigen Redner näherten sich dabei in Ton und Inhalt ihrer Ausführungen bedenklich dem komunistischen Wortradikalismus, und Gen. Hoch sah sich gezwungen, ihnen ob dieser unangebrachten Phrasen eine derbe Lektion zu erteilen. Später, als die

Erwerbslosenfürsorge

zur Sprache kam, ging es den Unabhängigen aber seitens der äußersten Linken nicht besser. Hier war es der unabhängige Gewerkschaftsführer Dißmann, der Herrn Plattner und Gen. in geradezu „vernichtender" Weise abkanzelte. Mit Leuten von der Sorte eines Dißmann läßt sich ein gut Stück Weges zusammengehen, aber ein großer Teil seiner Fraktion muß auch noch lernen, daß man mit Worten keine Schlacht gewinnt, und daß es ein billiges Vergnügen ist, Kampfgenossen zu beschimpfen, denen positive Errungenschaften für die Arbeiter lieber sind, als hochtönende und unfruchtbare Wahlreden. Die Beschlüsse entsprechen den von uns berichteten Ausschuß-Beschlüssen.

Präsident Gen. Löbe hob in seiner Schlußansprache hervor, daß in der Zwischenzeit die endgültige Entscheidung über Oberschlesien fällt. Er gedenkt der furchtbaren Leiden unserer Landsleute dort unten und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß diese Entscheidung fällt auf Grund des Rechtes, welches die oberschlesische Abstimmung vor aller Welt dargetan hat. (Lebhafter Beifall!)

Aus dem Landtag.

Kommunalabgabengesetz — Heuerlingsfrage.

Der Preußische Landtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung zunächst mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über die vorläufige Regelung des Haushaltsplanes für 1921. Finanzminister Dr. Sämisch sprach nur einige Worte über den Notetat. Der ihm folgende kommunistische Redner kritisierte an dem Notetat, daß er wohl eine Reihe von beträchtlichen Ausgaben für die höheren Beamten, für die Schupo enthalte, dagegen recht wenig für soziale Zwecke. Der Kommunist glaubte, er dürfe die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne unserem Genossen Severing einen Vorwurf zu machen. Er meinte, der neue Innenminister Dominicus treibe es noch toller als Severing. Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die Rechte das Kabinett Stegerwald gerade deshalb stützt, weil kein Severing mehr preußischer Innenminister ist. Dominicus ist keine Nachfolge Severings, er ist der Abbauer des Severingschen Systems.

Nach Ueberweisung des Gesetzes an den Hauptausschuß und nach der Beratung verschiedener anderer Gesetzentwürfe und Anträge nahm das Haus die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Komunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 auf. Es handelt sich um den alten Streit über die Geldbeschaffung zwischen Staat und Gemeinden, der durch die Verhältnisse nach der Revolution und der Neuordnung der Finanzen im Reich neue Nahrung bekommen hat. Der vorliegende Gesetzentwurf kommt, wie unser Genosse Müller-Hameln betonte, den berechtigten Wünschen der Gemeinden durchaus nicht entgegen. Der Entwurf ist sehr oberflächlich gearbeitet. Er spricht von „wichtigen Schlüssen". Aber dieser falsche Jungenschlag ist bei dem Kabinett Stegerwald, das immer noch rechts schielen muß, begreiflich.

Den Schluß der Sitzung füllte die Beurteilung der Großen Anfrage unseres Genossen Gleitze über allgemeine Kündigungen von Heuerlingspachtverträgen in Westfalen und Osnabrück aus. Die Redner der Rechten finden die Lage der Heuerlinge so gut, daß sie das gespannte Verhältnis, das heute in vielen Gegenden zwischen den Großen und Kleinen auf dem Lande besteht, sich nur durch sozialdemokratische „Verhetzung" erklären können. Der Redner der Unabhängigen unterstrich noch einmal, was schon gestern unser Genosse Hubert an Beweisen vorbrachte. Der Demokrat macht sich die Sache mit „Zwar" und „Aber" ein bißchen bequem und erteilt nach rechts und links kleine Rügen. Er findet, daß die Lage des kleinen Mannes auf dem Land dort am besten ist, wo der Herr mit den Knechten noch zusammen am Tische ißt und das alte Patriarchentum noch lebt. Mag sein, daß es noch hie und da einige Patriarchen gibt, deren Lebensführung sozial versöhnend wirkt. Weiße Raben! Der Fürst Bentheim und nicht irgend solch ein Patriarch ist es, von dem das Volk das Wort geprägt hat: „er lebt wie der Fürst Bentheim!" Das ist der Mann, für den Herr Stendel und Herr Kaufhold sich so warm ins Zeug legten.

Hungerland.

Von Georg Werner.

38] (Nachdruck verboten.)

„Wie ich zu der Erkenntnis gelangte, wie langsam es voran geht, wollte ich verzweifeln. Wie ich älter wurde, sah ich, daß der langsame Weg der gegebene ist. Ich habe heute den Glauben an die Macht der Organisation und ihre Erfolge meinem klaren Verstande zu verdanken, nicht mehr dem Gefühl, wie es bei den meisten andern der Fall ist. Was ich in stillen Stunden überlege, wie es kommen wird, trifft ein. Für mich gibt es keine Enttäuschung mehr. Bei den Meisten ist es anders. Wenn die ein Jahr die Beiträge gezahlt haben, glauben sie, die Welt müsse in dieser Zeit ganz umgekrempelt worden sein, bloß, weil sie die lumpigen paar Mark bezahlt haben. Sie sprechen heute: „Hosianna" und morgen: „Kreuzigt ihn".

„Wenn wir zum Angriff schreiten wollen, zeigen wir unsern Kameraden den genauen Stand unserer Wünsche. Das sind die Ziele, um die es geht! sagen wir. Wir sprechen damit keine Lüge aus. Diese großen Ziele wecken bei den meisten unserer Kameraden den Mut zum Ertragen der Not und Entbehrungen, die der Kampf mit sich bringt. Aber damit sie uns verstehen, damit sie den Unterschied zwischen den großen Zielen und der Wirklichkeit recht deutlich empfinden, zeigen wir ihnen die kleinen Nadelstiche, die Prügel, die Tag für Tag der einzelne erhält. Wir bringen die gleichgültigen Massen in die richtige Stimmung. Das ist Taktik. Alle diese Stimmung zu sorgen, ist eine notwendige Waffe im Kampf, es ist für mich eine Begleiterscheinung, die Du aber für die Hauptsache der Bewegung ansiehst.

Weißt Du, Wilhelm, es kommen manchmal Stunden, wo ich mich frage, ob es richtig ist, das Volk aus seinem Jammer aufzurütteln, ihm sein Elend zu zeigen und es zum Zähneknirschen zu bringen. Junge! Es gibt nur einen, man mich immer wieder vermutlich, es hoch zu tun, mich persönlich zu verfolgen, zu höhnen und zu spotten, in seinem Gehorsam zu wühlen, damit sie mir wilde Tiere werden. Wilhelm, es gibt an unsere Kinder und Kindeskinder [illegible] und der Hunger nicht, denn wüßte es besser, man liefe in die Kirche und glaubt an ein besseres Jenseits. Und Du Junge, als ich nähme sich einen Strick und hing sich auf. Je nachdem wie einer veranlagt ist. Aber jeder kleine Erfolg, den wir erreichen, der mag für unser Leben ohne großen Wert sein, er mag sehr oft im Vergleich zu den Opfern gering erscheinen. Aber in einem Menschenalter wirds ein Stückchen Weg. Und da wo der Weg aufhört, beginnen die weiter zu gehen, die hinter uns kommen. Diese haben etwas erspart.

Junge! Mein Großvater war auch ein Bergmann, aber dessen Vater hatte ein Bauerngut im Reichenbacher Kreise. Er blieb 1813 im Feldzug und der gnädige Herr, der Bleiner, brachte uns um unser Erbteil. Er sagte dem Vormund, am besten ist es, das Gut zu verkaufen. Und es wurde verkauft! Aber niemand hat etwas von dem Verkauf erfahren, als der gnädige Herr, der es für 200 Taler erkaufte. Heute gehörts zum Domänium und es ist unter Brüdern eine halbe Million wert. Wo das Haus stand, ist jetzt der Dorffriedhof. Mein Großvater ist in jenem Dorf bei einem Besuch seiner Schwester gestorben und liegt genau an der Stelle begraben, wo er gebaren und wo seine Eltern und Urelternhunderte von Jahren gewohnt haben. Er konnte es nie verwinden, was ihm der Bleiner Herr getan. Er war es auch, der im Jahre 1848 die Gottesberger Bergleute führte, als sie zum Fürstensteiner Schloß zogen und vom Grafen Pückler den Erlaß der Grundzinsen forderte. Mein Großvater wurde gegen jede Ungerechtigkeit. Er und auch mein Vater hat mir, genau wie ich es auch bei meinen Kindern gehalten habe, von Jugend auf eingeredet, Kämpfen gegen die Leute, die das Volk am Boden halten, dafür zu sorgen, daß die Kinder freiere Menschen werden. Vergeb ist es mit dem Bergmann nicht gut gegangen. Sorgen wir dafür, daß es bergauf geht.

In meine erste Bergmannszeit fiel der Streik von 1889. Zehn Wochen haben wir ihn durchgehalten. Mit Begeisterung traten wir hinein. Mitten im Winter haben wir gehungert und gedarbt, die bittersten Not haben wir ertragen. Jedoch er brach zusammen [illegible] Zu dieser Zeit hörte ich das erste Mal das Wort: „Organisieren". Ich und alle andern Bergleute beteiligten uns. Dafür hirsch war unser Führer. Der Niederbruch des Streiks vernichtete die Anfänge. Die Bergleute, heute es [illegible] viel eherder gibt als 20 Jahre vorher, haben wieder [illegible] In jahrelanger Arbeit gebildete Organisation [illegible] Aber [illegible] mein Vater. Er hat dafür gearbeitet, so viel in seinen Kräften stand. Der einzige Erfolg war, daß ihn die Beamten gedrillt und geschunden haben, und Aerger, Not und Elend ihn als Fünfundzweitzigjähriger unter die Erde brachten.

Wenn ich dran denke, wie er starb und welche Aussichten die Zukunft bot, und wenn ich dran denke, wie es heute doch schon anders wird, wie sich so manches geändert hat, da habe ich das Gefühl, wir haben nicht umsonst gekämpft. Wir sind ein ganz Schritte weiter gekommen.

Wir sind jetzt wieder im Begriff, einen Schritt zu wagen. Einen sehr großen Schritt. Schon 1869 forderten unsere Väter die Achtstundenschicht. Dieses Ziel hat die ganzen Jahre seine Werbekraft behalten. Jetzt wollen wir es erkämpfen, jetzt soll die Frucht reifen, die vor Jahren in die Erde gelegt und für deren Wachstum emsig gearbeitet worden ist. Die ganzen Jahre ist Steinchen für Steinchen zusammengetragen worden, um den Bau fertigzustellen. Die meisten Kameraden haben oft nicht gewußt, welchen Zweck die eine und die andere Maßregel hatte. Sie galt diesem Ziel. Früher waren es nur wenige, die verstanden, warum es gemacht wurde. Aber nur einzelne waren es, die beschlossen, daß es gemacht wurde. Heute ist die Zahl derjenigen, die wissen warum, schon viel größer geworden. Und je stärker die Organisation wird, um so größer wird die Zahl der erprobten sicheren Kämpfer, der Stamm jener Leute, die den Kern bilden. Wilhelm, wir wären hier bei uns viel weiter. Glaube mir, es sind allein von mir im Laufe der Jahre Hunderte sehr gute Gewerkschafter herangezogen worden, wir hätten schon viel mehr erreicht, wenn sie hier geblieben wären. Unser Elend beruht zum großen Teil darauf, daß die denkenden Kameraden wegwandern. Statt hier Jahre zu kämpfen, ehe sie etwas erringen, fahren sie mit dem Transport nach dem Ruhrrevier und mit einem Schlage ist das große Elend verschwunden.

Ich habe Dein Sehnen nach dem Ruhrrevier schon lange mit angesehen. Schon oft bin ich mit mir zu Rate gegangen, soll ich Dich ziehen lassen. Dein Wohl liegt mir am Herzen, weil Du und die Paula Euch vertragt und weil ich mich mit Dir so gut verstehen kann. Ich habe schon manchesmal geglaubt, ich tue nicht recht daran, Dich zurückzuhalten. Aber Wilhelm, ich weiß, wie schön unsere Heimat ist. Wenn es gelingt, hier die Achtstundenschicht zu erkämpfen, wenn wir Wohnungen bekommen, dann haben wir einige der größten Vorzüge, die das Ruhrrevier bietet, erringen.

(Fortsetzung folgt.)

Nach Branchen geordnet, stab verhandelt:

Branche	Tarife	Betriebe	Beschäftigte m.	Beschäftigte w.	Beschäftigte zus.	Davon Mitglieder des Verbandes m.	Davon Mitglieder des Verbandes w.	Davon Mitglieder des Verbandes zus.
Herrenmaß	192	9327	40893	1735	42628	34442	1357	35799
Damenmaß	62	4032	2028	26013	28041	1709	18160	19869
Uniformlief.	10	121	1393	1456	2849	1008	951	1959
Bekleidungsamt.	1	12	3067	1708	4775	2773	892	3665
Herrenkonfektion	48	2056	18599	24730	43329	10085	10480	20565
Arbeiterkonfekt.	5	227	3645	15102	18747	1523	7145	8668
Damenkonfektion	12	1126	573	8553	9126	429	4632	5061
[illegible]	5	9	155	218	373	45	70	115
[illegible]	28	1912	1142	35719	36861	859	23903	24762
Putz	81	2302	—	13732	13732	—	8090	8090
Schirmmäh.	4	9	7	219	226	—	189	188
Verschiedene	7	22	22	361	383	11	307	315
Zusammen	555	21157	71524	129546	201070	52887	76176	129063

Auf dem Wege der Verhandlungen wurden 519 Tarife mit 20 482 Betrieben abgeschlossen, die für 195 825 beschäftigte Personen Gültigkeit haben. Mit Hilfe des Streiks kamen 36 Tarife mit 675 Betrieben zustande. In diesen Betrieben werden 5245 Personen beschäftigt. Die 4 Reichstarife erstrecken sich auf 375 Orte und 9590 Betriebe mit 77 884 Beschäftigten. Die 551 Ortstarife erstrecken sich auf 530 Orte und 11 567 Betriebe mit 123 186 Beschäftigten.

Arthur J. Balfour gestorben.

Arthur James Balfour, früher englischer Außenminister und Ministerpräsident, ist 73 Jahre alt, gestorben. Balfour war ein sehr gebildeter, ganz und gar skeptisch gestimmter Konservativer, der an die Möglichkeit des Ausgleichs mit Deutschland nicht glauben konnte.

Freie Wirtschaft in Polen.

Warschau, 6. Juli (Drahtbericht.) Der polnische Sejm hat in zweiter Lesung einen Beschluß über die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, mit Ausnahme von Zucker und Spiritus, angenommen. Der Handel im Inlande und die Einfuhr aus dem Auslande sollen mit sofortiger Wirkung freigegeben, dagegen soll die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse aufs strengste bekämpft werden. Die Liquidierung des Verpflegungsministeriums soll in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden. Die Regierungsvorlage wurde trotz des erbitterten Widerstandes der Vertreter der städtischen Bevölkerung durch eine starke Mehrheit angenommen. Die Vorlage wurde in erster Linie mit dem Hinweis befürwortet, daß die Zwangswirtschaft ohnehin zusammengebrochen sei und die freie Wirtschaft bereits tatsächlich bestehe.

Aus der Provinz Schlesien.

Das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide

ist am 21. Juni 1921 in Kraft getreten. Es bringt gegenüber dem bisherigen Zustand verschiedene grundsätzliche Aenderungen.

Einmal wird nicht, wie bisher, das gesamte im Deutschen Reich angebaute Getreide mit der Trennung vom Boden beschlagnahmt und damit der Zwangswirtschaft unterworfen; es ist vielmehr lediglich eine Umlage an Getreide in Höhe von 2,5 Millionen Tonnen aus dem gesamten Reich aufzubringen. Das bedeutet also, daß nach dem Durchschnitt der Ernteergebnisse der letzten 15 Jahre der 8. Teil und nach dem Ernteergebnis des letzten Jahres etwa der 6. Teil an die öffentliche Hand abgeliefert werden muß. Die Umlage entspricht auch nur etwa zwei Drittel der im vorigen Jahre insgesamt von der Zwangswirtschaft erfaßten Getreidemenge. Der Landwirt hat lediglich den auf ihn treffenden Anteil aus der Umlage gegen den festgesetzten Umlagepreis an seinen Kommunalverband zu liefern; über den Rest des Erntegetreides steht ihm, abgesehen von dem Verbot der Verfütterung und des Brennens, die volle freie Verfügung zu. Eine weitere Kontrolle über die Verwendung des freien Getreides findet nicht mehr statt.

Eine weitere grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Regelung bringen die Bestimmungen über die Sicherstellung der Aufbringung der Umlage. Während bisher die Innehaltung der Vorschriften, insbesondere die Ablieferung des Getreides, durch Strafen zu erzwingen versucht wurde, haftet nunmehr sowohl der Erzeuger als auch der Kommunalverband und das Land für die Aufbringung der ihnen auferlegten Umlage.

Die Umlage kann durch Lieferung von Brotgetreide (Roggen, Weizen, Spelz-Dinkel, Fesen, Emer und Einkorn) Gerste und Hafer erfüllt werden. Die Lieferungen von Hafer werden aber nur zu drei Fünftel auf die Umlage angerechnet. Auch lediglich aus Brotgetreide und Gerste bestehendes Gemenge kann nach näherer Bestimmung der Reichsgetreidestelle geliefert werden.

Die Erzeuger, Kommunalverbände und Länder haben für nicht rechtzeitig geliefertes Getreide Ersatz zu leisten. Dieser Ersatz besteht darin, daß sie für das nicht gelieferte Getreide einen Betrag zu zahlen haben, der dem Unterschied zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Preis für ausländischen Weizen zuzüglich eines Zuschlages von ¼ dieses Unterschiedes entspricht. Außerdem steht den Kommunalverbänden die Befugnis zu, bei nicht rechtzeitiger Lieferung Getreide und Getreideerzeugnisse bis zur Höhe der zu liefernden Menge zu enteignen. Auf Antrag der Reichsgetreidestelle sind die Kommunalverbände zur Enteignung verpflichtet. Für das enteignete Getreide ist nur ein Uebernahmepreis in Höhe der Hälfte des Umlagepreises zu zahlen.

Wie auch die führenden Organisationen der Landwirtschaft in einem Aufruf bereits darauf hingewiesen haben, dürfte es sich deshalb für den Landwirt empfehlen, um jeglicher Kontrolle und Beschränkung über seine Getreideernte, mit Ausnahme des Verbots des Verfütterns und Brennens, enthoben zu sein, in erster Linie sein Liefersoll möglichst bald in vollem Umfang zu erfüllen, da dann für den Landwirt für den Rest des Wirtschaftsjahres 1921/22 der Zustand der freien Wirtschaft eintritt.

Um dem Landwirt die Ablieferung vor der endgültigen Festsetzung seines Liefersolls ohne jegliche Schädigung für ihn zu ermöglichen, wird die Reichsgetreidestelle die Kommunalverbände anweisen, Ablieferungen auch bereits vor Festsetzung des Liefersolls für den einzelnen Erzeuger entgegenzunehmen. Sollte sich später herausstellen, daß der Landwirt über sein Liefersoll hinaus abgeliefert hat, so wird ihm die Mehrlieferung zu dem für den Ablieferungstag gültigen Marktpreis für freies Getreide vergütet werden.

Endlich ist nach dem neuen Gesetz der Vollzug der Bestimmungen des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide von der Reichsgetreidestelle auf die Länder übergegangen. Dies hat unter anderem zur Folge, daß im allgemeinen eine Ueberwachung der Kommunalverbände, Selbstversorger und Betriebe durch die Reichsgetreidestelle selbst nicht mehr stattfindet.

Neurode. Ein großes Schadenfeuer [illegible] Kolonie Liebgrund bei Hausdorf. Dort geriet auf bisher unaufgeklärte Weise der Dachstuhl des Wohnhauses der Witfrau Botha in Brand. Die Flammen verbreiteten sich mit solcher Schnelligkeit, daß in kurzer Zeit die ganze Besitzung über und über in Brand stand. Sie wurde vollständig eingeäschert.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	7./7.	6./7.		7./7.	6./7.
amerikan. Dollar	1,33	1,33	Schweiz. Franken	7,92	7,89
englisch. Schilling	7,16	7,16	österr. Kronen	874,20	848,80
französ. Franken	16,67	16,71	polnische Mark	—,—	—,—
holländ. Gulden	4,06	4,05	tschechosl. Kronen	99,24	100,10

Wasserstand

vom 7. Juli 1921.

Ratibor	1,06	Neiße (Unter-Pegel)	1,64
Kroppitz	2,21	Breslau (Ober-Pegel)	3,16
Cosel	0,92	(Unter-Pegel)	—1,29
Brieg (Kastenstrau)	2,43	Treschen	1,32
Kottwitz	1,55	Pöpelwitz	+0,34
Neiße (Ober-Pegel)	3,82		

Wassertemp.: 18,5°.

Vereinskalender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Stellmacher der Kleinbetriebe. Die Versammlung findet erst nächste Woche Donnerstag, den 14. Juli, im Gewerkschaftshause, statt. Die Beitragskassierung erfolgt im Restaurant „Grünes Bergel", Oderstraße, Ecke Kupferschmiedestraße, durch Kollegen Röthel, jeden Sonnabend von 5—6 Uhr. Alle Stellmacher der Kleinbetriebe wenden sich dorthin. Die Verwaltung.

Naturfreunde. Sonntag, den 10. Juli: Tagestour. Laskowitz—Beckern—Weißenhöhe—Bohrau. Abfahrt 5,30 Uhr früh vom Hauptbahnhof.

Briefkasten.

Allen Anfragen noch eine Bezugsquittung beilegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Trägern oder -Trägerinnen; die Postbezieher haben die Postquittung beizulegen.

Sprechstunde der Redaktion wochentags von 12—1 Uhr mittags.

Arbeitsnachweis für Jugendliche. Auf einen Brief, den Sie nur mit E. K. unterzeichnen, können wir gar nichts veranlassen. Warum geben Sie nicht Ihren Namen und volle Adresse an?

Aus der Geschäftswelt.

Das beste und nahrhafteste Getränk ist Cisterzian-Malzbier. Des Gehaltes wegen wird es von Aerzten für Unterernährte, Blutarme, Schwächliche usw., besonders aber für werdende und stillende Mütter empfohlen. — Den Alleinvertrieb dieses Bieres für Schlesien hat die bekannte Mineralwasserfabrik Arnold Spingarn, Breslau 10, Telefon Ohle 1663.

Reizbare Haut wird am günstigsten beeinflußt durch den täglichen Gebrauch der seit über 25 Jahren glänzend bewährten Myrrholin-Seife.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts"

Unser Ausverkauf

in den Bekleidungsabteilungen Neumarkt Nr. 12 und Weinstraße Nr. 72 ist festgesetzt für die Zeit bis einschließlich 16. Juli 1921. Wir gewähren einen

Sonderrabatt von 10–20%

Damenmäntel [illegible] 127.–
Kostüme [illegible] 150.–
Röcke [illegible] 40.–

Damenwäsche.

Hemden [illegible] 25.–
Beinkleider [illegible] 25.–
Prinzeßunterröcke in eleganter Ausführung [illegible] 36.–
Unterröcke [illegible] 14.–
Nachthemden [illegible] 47.–

Schürzen.

Alpaka [illegible] 35.–
Blondrock mit und ohne Litz [illegible] 20.–
Wiener Form, bestickt [illegible] 26.–

Kinderschürzen

für jedes Alter in verschiedenen Preislagen.

Kinderwäsche

und alle einschlägigen Artikel äußerst preiswert.

Hauskleider von 68.– an

Stoffe

in verschiedenen Farben u. Qualitäten u. a.

Kostümstoffe [illegible] 46.–
Dirndlstoffe [illegible] 14.–
Kleiderstoffe [illegible] 10.–

Große Auswahl in

Schürzenstoffen

30 000 Meter Hemdentüche

[illegible] von 8.– an

Bade-Wäsche

Badeanzüge, Badehosen, Badetücher, Strandkörbe

Handtücher, Tischdecken

Staubtücher

Sportbekleidung

für alle Altersgruppen

Strumpfwaren

Damenstrümpfe [illegible] 7.50
Socken [illegible] 3.50

1000 Paar Herrsocken 7.50

in

Spitzen u. Besätzen

sind wir gut sortiert

[illegible]

und Schleifen

Knöpfe und Kurzwaren

jeder Art

Herrenanzüge [illegible] 330.–
Sommer- und Gummimäntel [illegible] 250.–
Gestreifte Hosen [illegible] 76.–
Lüsterjacken [illegible] 180.–
Einzelne Westen [illegible] 48.–

Sommer-Anzüge

für Herren [illegible] 120.–
für Knaben [illegible] 75.–

Auf unsere

Herren-Maßbekleidung

[illegible]

[illegible]

Hemden [illegible] 25.–
Kragen [illegible] 12.–

[illegible]

Der Besuch lohnt!

Fortschritte bei der Krankenkasse.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse hat im Hinblick auf den nicht ungünstigen Rechnungsabschluß des Jahres 1920 schon vor langer Zeit beim Ober-Versicherungsamt beantragt, die Leistungen erhöhen zu dürfen. Durch allerhand Zufälle ist die Genehmigung bisher noch nicht erteilt worden, die aber in nächster Zeit sicher erfolgen wird.

Es sollen erhöht werden:

Der Betrag für Versorgung mit kleineren Heilmitteln, der bereits im vorigen Jahre von 30 auf 100 Mark erhöht wurde, soll jetzt auf 150 Mark erhöht werden.

Das Krankengeld, das erst im vorigen Jahr von 52 Prozent auf 55 Prozent erhöht wurde, wird jetzt auf 60 Prozent des Grundlohns erhöht. Das Höchst-Krankengeld, das nach einem Grundlohn von 29 Mark berechnet wird, beträgt bisher täglich 15,95 Mark, künftig 17,40 Mark. Ganz erheblich wird die Familienhilfe verbessert. Bisher wurden innerhalb eines Jahres für 13 Wochen Krankenhilfe gewährt, die jetzt auf 26 Wochen ausgedehnt wird. Außerdem wird der Kreis der Angehörigen, die auf Familienhilfe Anspruch erheben können, erweitert, außer Ehegatten und Kinder werden jetzt auch Eltern und Geschwister der Versicherten, wenn sie in deren Haushalt leben, und von diesen ganz oder überwiegend erhalten werden, eingeschlossen.

Neu ist auch die Einführung von Sterbegeld für Ehefrauen und Kinder. Ehefrauen erhalten zwei Fünftel, Kinder ein Viertel des dem Versicherten zustehenden Sterbegeldes. Das Sterbegeld, das bei einem Grundlohn von 29 Mark (Höchstklasse) 1160 Mark für den Versicherten beträgt, wird dann für die Ehefrau 464 Mark, für das Kind 290 Mark betragen.

Außerdem hat die Kasse den neu erworbenen Besitz „Waldhof" bei Petersdorf in diesem Jahre als Erholungsheim für Männer in Betrieb gesetzt, so daß das bisherige Erholungsheim „Hohe Warte" bei Petersdorf ausschließlich für weibliche Mitglieder reserviert bleibt.

Alles in allem genommen ist ein schöner Schritt in der sozialen Fürsorge nach vorwärts getan worden und wird kein Stillstand eintreten, auch wenn die Oeffentlichkeit nicht immer davon erfährt. Auch eine Anzahl kleiner Verbesserungen machen ein Viel.

Wer selbst im Glashaus sitzt — —

Der Bäckermeister Paul Scharmentke hatte den Fleischermeister Max Bittner angezeigt, weil er Semmeln ohne Marken verkaufte. Da stellte es sich heraus, daß er selbst einen schwunghaften Handel mit Brot und Semmeln ohne Marken trieb. Sch. und seine Ehefrau erhielten nun einen Strafbefehl über je 50 Mark. Auch die Käufer hatten Strafbefehle erhalten, die sie auch bezahlten. Sch. und seine Ehefrau erhoben aber gegen den Strafbefehl Einspruch. Vor dem Schöffengericht bestritten sie, Brot ohne Marken abgegeben zu haben. Die Zeugen bekundeten aber, daß es stadtbekannt gewesen sei, Sch. verkaufe ohne Marken. Das Gericht erhöhte die Strafe auf je 100 Mark, da Sch., obwohl er selbst die Straftaten beging, andere anzeigte.

Der Hund als gefährliches Werkzeug.

Der Magistratsbüroassistent Erich Willenberger hatte wegen einfacher Körperverletzung und Sachbeschädigung einen Strafbefehl über 100 Mark erhalten. Am Abend des 2. Dezembers hatte er seinen großen Hund auf den Kaufmann Jesta gehetzt, dem er den Anzug zerriß und am Knie eine blutende Wunde beibrachte. Gegen den Strafbefehl hatte er Einspruch erhoben. Das Gericht sah aber den Hund als gefährliches Werkzeug an und erkannte wegen schwerer Körperverletzung auf 300 Mark Geldstrafe. Außerdem schwebt ein Zivilprozeß wegen Schadenersatz.

Die Breslauer Fleischer-Innung droht

mit „gerichtlicher" Verfolgung, wenn vom Zentralverband weitere Anschuldigungen gegen Fleischermeister wegen Ueberschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit erfolgen. Das Merkwürdigste bei dieser Drohung ist, daß sich die Innung auf eine Mitteilung des Herrn Gewerberats Kawka stützt, die besagt, daß der genannte Herr nach eigener Anschauung auf dem Standpunkt steht, daß im Fleischergewerbe die Arbeitszeit viel kürzer sei, als in anderen Betrieben, und die Hilfskräfte nicht entsprechend ausgenützt werden können. In beiden Fällen dürfte sich der Herr Gewerberat Kawka entschieden getäuscht haben, was einige überraschende Besuche mit einem Blicke hinter die Kulissen würden ihn bald zu einer anderen Ueberzeugung bringen. Der Gewerbeaufsichtsbehörde „Oft" ist es durch geschicktes Vorgehen gelungen, eine ganze Anzahl Fleischermeister festzustellen, wo die gesetzliche Arbeitszeit überschritten wird und zwar bei dem Fleischermeister Otto Schirpke, Höfchenstraße 24, Adolf Mücke, Matthiasstraße 77, in 2 Fällen, Felix Jakob, Matthiasstraße 177, Leo Woitkowiak, Alexanderstraße, Max Bittner, Kreuzburgerstraße 13, Karl Pleßner, Schuhbrücke 56 (Verkaufspersonal).

Erstere sind Vorstandsmitglieder der Innung. Hier kann gesagt werden: So, das geschieht am grünen Holz, was soll am dürren werden."

Das sind Fälle, die positiv festgestellt sind und mit denen sich das Gericht beschäftigen wird. Eine Anzahl Anzeigen schweben noch, wo die Ermittelungen noch nicht abgeschlossen sind. Also Herr Obermeister, mit bloßer Drohung läßt sich die Tatsache, daß in vielen Fleischereibetrieben über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird, nicht aus der Welt schaffen. Der Zentralverband der Fleischer läßt sich durch Drohungen mit gerichtlicher Verfolgung nicht abschrecken, den geraden Weg weiter zu gehen. Er wird kein Mittel unversucht lassen, so lange es arbeitslose Fleischergesellen gibt, was zurzeit im hohen Maße der Fall ist, der Ausbeutung der Gesellen durch überlange Arbeitszeit ganz energisch entgegenzutreten.

Die Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe ist groß. Dies ist auch der Innung bekannt. Aber statt etwas zu unternehmen, und mitzuhelfen, daß diese Arbeitslosigkeit eingedämmt wird, erklärt die Innung durch den Herrn Obermeister, daß in Breslau im Verhältnis zum Fleischkonsum gegen die Vorkriegszeit „viel zu viel Gesellen beschäftigt" werden. So steht die Fürsorge und das soziale Empfinden des Herrn Obermeisters den Gesellen gegenüber aus.

Die Fleischermeister werden die Worte ihres Oberhauptes nicht ungehört lassen, und die Zahl der beschäftigten Gesellen verringern. Die Gesellenschaft aber müßte daraus erkennen, wie unbedingt notwendig es ist, sich restlos einer Interessenvertretung anzuschließen, die mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen derartige Machenschaften der Arbeitgeber vorgeht. Der Zentralverband der Fleischer kann dies tun, da er vollkommen unabhängig von den Arbeitgebern ist.

Die Provinzblätter werden um Abdruck des Artikels gebeten.

---

* **Schülermassenchöre.** Eine Aufführung der Schülermassenchöre erfolgte Sonntag, 7 Uhr morgens, in der Hauptschankwirtschaft auf dem Ausstellungsgelände zum Besten der Ferienkolonien. Karten sind bei Hainauer, Hoppe, Max u. Co., Barasch, Preuß u. Jünger, Priebatsch, Müller u. Seiffert und an der Kasse zu haben.

* **Die grüne Ausweiskarte** Nr. 48 für den Angestellten des Wohnungskommissars Martin Schmidt ist dem Inhaber abhanden gekommen und wird für ungültig erklärt.

* **Gasvergiftung.** Der von seiner Ehefrau getrennt lebende Tapezierarbeiter Otto Kuhnert, ein 48 Jahre alter Mann, wurde am 6. d. Mts. in seiner Wohnung, Brigittenthal 16, mit Gas vergiftet vorgefunden. Die Leiche ist in das Schauhaus geschafft worden. Was den Mann in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

* **Nach Dänemark.** 30 erholungsbedürftige Mädchen der hiesigen Taubstummenanstalt haben am 5. d. M. auf Einladung der Kgl. Taubstummenanstalt in Kopenhagen unter Führung von vier Lehrerinnen die Reise nach Dänemark angetreten, um sich dort 4 bis 6 Wochen zur Erholung aufzuhalten.

* **Die Zentral-Arbeiterbibliothek** im Gewerkschaftshause ist geöffnet vormittags von 9—12 Uhr und Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, nachmittags von 4—7 Uhr.

Vermischtes.

Eine Weltsprache in Ziffern?

Vor einem geladenen Kreis von Interessenten wurde kürzlich in Berlin der Versuch einer internationalen Ziffernsprache vorgeführt, die eine einfache schriftliche Verständigung aller Kulturvölker ohne Kenntnis fremder Sprachen schaffen soll. Der Erfinder des Systems, welcher sich „Timerio" nennt, ein Architekt Tiemer, ist davon ausgegangen, daß die Begriffe in allen Ländern der Erde die gleichen sind, das sprachlich Trennende nur die Ausdrucksweise. Auf einzelnen Gebieten gebe es wohl, wie er in aller Kürze ausführte, allgemein angewandte Ausdrucksformen, wie die mathematischen, chemischen und sonstigen Formeln. Rein international waren seit Jahrhunderten jedoch nur die Ziffern. So kam er zu dem Entschluß, sein System auschließlich auf einer Kombination von Ziffern aufzubauen. Die gebräuchlichsten Worte des alltäglichen Verkehrs sind durch die ersten 200 Ziffern festgelegt. Daran schließen sich, nach dem deutschen Alphabet zusammengestellt, 6800 fortlaufende Ziffern, die ebenso viel Wörtern entsprechen und durch Zeichenergänzungen die Zahlen der so festgelegten Begriffe auf etwa 12 000 erweitern können. Es bedarf lediglich einer Uebertragung der Worte für die gleichen Begriffe in beliebiger Sprache auf die entsprechenden Ziffern, um durch Zusammenreihen dieser Ziffern ohne weitere Uebertragung eine Verständigung zu erzielen, da jeder seine eigene Sprache liest. Also gewissermaßen ein ungeheurer Telegrammkode. — Ein Beispiel: Die erste Zahl 1 bedeutet „Ich", die Zahl 2 „Du". „Und" wird durch das + Zeichen ausgedrückt. „Ich liebe dich" heißt 1 — 80 —17. Der Begriff „Schreiben" wird durch die Zahl 30 ausgedrückt, der Begriff „Brief" durch 980. „Ich schreibe einen Brief" heißt also 1 — 30 — 980. Um die Zahlen selbst als solche zu kennzeichnen, werden sie eingeklammert. 1 — 30 (3) 980: Ich schreibe drei Briefe. Selbst eine Grammatik hat der Erfinder konstruiert durch die Einführung von hochgestellten Zahlen.

Von irgend einer Verfeinerung des Ausdrucks muß hierbei selbstverständlich abgesehen werden. Aber es ist ja auch schließlich nicht der Zweck des „Timerio", Goethes Gedichte zu übersetzen, sondern es soll lediglich in den einfachsten Formen im Telegrammstil eine Verständigung ermöglicht werden. Für den Geschäftsverkehr, für einen Nachrichtenaustausch aller Länder könnte diese internationale Ziffernsprache von Bedeutung sein, zumal ihre telegraphische Uebermittlung sehr einfach sein würde. Unsere Schuljugend würde freilich wenig erfreut sein, wenn sie nun auch noch eine weitere Sprache lernen müßte, aber diese Sprache hätte vor den anderen den Vorzug, weniger Anforderungen an die Intelligenz als an das Gedächtnis der Schüler zu stellen.

Brieg

Stadttheater Breslau.
Gastspiel des Deutschen Theaters Berlin.
Freitag und Sonnabend 7½ Uhr:
„Daß Wunderbare Kinder".
Sonntag 7½ Uhr: „Kabale".
Hansi Arnstädt.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 364.
Freitag 7½ Uhr:
„Die Postmeisterin".
Sonnabend 7 Uhr:
Zum 1. Male:
„Die Scheidungsreise."
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Ein Walzertraum."
Sonntag u. täglich 7½ Uhr:
„Die Scheidungsreise."

Rauchdank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustell. Wirkung verblüffend. Ausk. umsonst.
Inst. Sa. Arkid Gg. Engelbrecht
München R. 1, Kapuzinerstr. 9

„Die Deutsche Volkswirtschaft"
Eine Einführung von
Isb. Grünner u. Just. Strauß
Pr. brosch. 12, geb. 15 Mk.
Bestell. werden von der Expd. d. Blattes, sowie v. sämtl. Kolporteuren entgegengenommen.

Fischereiverpachtung.

Die Fischerei unter den alten drei Kastanien der Chaussee von Brieg nach Schreibershof auf der Oderinsel soll vom 1. Januar 1922 auf drei Jahre verpachtet werden.

Nur schriftliche, verschlossene Angebote sind an uns bis zum 23. Juli 1921 zu richten.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am 1. Juli wurde ein Hund weißlicher Gebirgsrasse (Jagd-Bastard) weiß, schwarz und braun gefleckt, mittlerer Größe, herrenlos, eingefangen.

Der Hund muß binnen 8 Tagen gegen Erstattung des Fang- und Futtergeldes in der hiesigen Abdeckerei eingelöst werden, widrigenfalls gemäß § 90 Absatz 5 der Polizeiverordnung vom 28. August 1911 verfahren wird.

Brieg, den 6. Juli 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177/178 des Friedensvertrages vom 22. März 1921 wird in Verfolg der Annahme des Ultimatums der Alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 hiermit die Organisation Escherich innerhalb des Deutschen Reiches für aufgelöst erklärt.

Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

Berlin, den 24. Juni 1921.

Die Reichsregierung.
gez.: Dr. Wirth.

Veröffentlicht.
Brieg, den 2. Juli 1921.
Die Polizeiverwaltung.

Sportverein „Moritzberg"
Sonntag, den 10. Juli 1921, vormittags 10 Uhr, in der Kaserne, erscheinen alle Sportkameraden zum Flottenappellen, Sonntag nach der Demonstration.
Der Vorstand. F. Sch.

Die Schwangerschaft als Leidensgefahr
Von Dr. Max Hirsch. — 120 Mk. — 30% Teuerung
Bestellungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle dieses Blattes sowie jede Buchhandlung.

Opfertag für Beamtenkinderfürsorge u. Beamtenerholungsheime

am Sonntag, den 10. Juli, im „Bergel"

Instrumental- u. Vokal-Konzert, Radreigenfahren, Belustigungen, Verlosung, Tanz

Beginn 3½ Uhr. Eintritt 1.— Mk.
Kinder in Begleitung Erwachsener frei. Jedermann ist herzlich eingeladen.
1417 Der Zentrale Ausschuß.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst
Versandhaus Urania
Berlin I. 24 Friedrichstr. 13.

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Gewerkschafts-Kartell Brieg
Mittwoch, den 13. Juli 1921:
Ehrenabend vom Gewerkschaftskartell
für das gesamte kaufmännische u. technische Personal
„Die geschiedene Frau".
Ermäßigte Preise. Billetts im Vorverkauf bis Dienstag Piastenstraße 17, von Mittwoch an der Theaterkasse. 1413
Um gütigen Zuspruch bittet
Der Bildungsausschuß.

Preuß. Südwestdeutsche Klassen-Lotterie
Gewinnreichste Staatslotterie!
550 000 Lose, 75 000 Gewinne u. 4 Prämien
im Gesamt-Betrage von
172 Millionen 116 286 Mark.
Die Gewinne werden binnen 5 Monaten in 5 Klassen gezahlt.
Außer vielen Millionen und größeren Gewinnen von 5000 bis 30 000 Mark enthält die Lotterie
4 Hauptgewinne zu je 500 000 Mk.
2 Prämien zu je 750 000 Mk.
2 Prämien zu je 250 000 Mk. B 1381
Nächste Ziehung I. Klasse am 12. und 13. Juli.
Lose zur I. Klasse: ½ M. 18.—, ¼ M. 9.—, ⅛ M. 4.—, 1/16 M. 2.—
Bei Versendung f. alle 5 Klassen z. 50, 100, 200, 400 Mk.
Westphal, Staatl. Lotterie-Einnehmer, Ring 7.
Fernsprecher 418. Postscheckkonto Breslau 24 336.

Erstes u. größtes Eingeschäft in Brieg
Heute nach Sonnabend
gründlich und auf immer aufbeiden! Billigen Preise
10% Rabatt.
R. F. Steinhagen
Leinen- und Baumwollwaren
Brieg, Mühlitzer Straße 2, II. Etage
Fernsprecher 149.

Geschäfts-Uebernahme.

Den geehrten Einwohnern von Brieg und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mein

Zigarrendetailgeschäft, Fischerstr. 24,

an Fräulein A. Rausch verkauft habe. Das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen bitte ich, meiner Nachfolgerin weiterhin entgegenzubringen.

Hochachtungsvoll
Eugen Wolff.

Mit dem heutigen Tage habe ich das von Herrn Eugen Wolff, Fischerstraße 24, übergehabte

Zigarren-Spezialgeschäft

käuflich erworben.

Es wird mein Bestreben sein, die Kundschaft zu größter Zufriedenheit zu bedienen, und bitte um gütigen Zuspruch.

Hochachtungsvoll
A. Rausch.

Zentral-Theater
neben der Post (früher Flechtner-Lichtspiele) neben der Post
jetzt wieder geöffnet
Ab Freitag, den 8. bis 11. Juli 1921
Nachtschatten
Deine Liebe war mein Tod
Fesselnder Filmroman in 4 Akten
Dazu:
Wasserhose
Reizender Lustspiel 1005
Beginn: Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

„Der wahre Jakob"

Ohlau

Betrifft: Polizeistunde.

Auf Grund einer Ermächtigung des Herrn Ministers des Innern hat der Herr Regierungspräsident in Breslau die Polizeistunde unter Vorbehalt des Widerrufs bis 15. Oktober d. J. allgemein auf 10½ Uhr festgesetzt.

Wo Verlängerungen der Polizeistunde bis 11 bezw. 11½ Uhr zugelassen sind, bleiben diese bis auf weiteres in Kraft.

Ohlau, den 1. Juli 1921.

Der Magistrat.

Herr Stadtrat Glogowski ist zum Dezernenten des öffentlichen Wohnungswesens ernannt worden.

Seine Sprechstunden finden von heute ab täglich früh von 7½—8½ Uhr im Rathaus, Zimmer 12, statt. Auch können daselbst die neuen Wohnungskarten in Empfang genommen werden.

Freiwerdende möblierte Zimmer müssen von jetzt ab gleichfalls angemeldet und dürfen nur mit Genehmigung des Wohnungsamts belegt werden.

Ohlau, den 5. Juli 1921.

Der Magistrat.

Nimptsch

Die Zurückhaltung des Transportzuges mit Waffen und Munition am Sonntag, den 4. d. Mts., betreffend.

Nach dem Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 ist der Besitz und Transport von Waffen und Munition verboten.

Daß der Transportzug Waffen und Munition enthielt, wurde in Mange entdeckt. Von dort wurde derselbe über Jordansmühl, Heidersdorf nach Nimptsch geleitet. Führer und Mannschaften hatten sich verkleidet und gaben an, Material für elektrische Anlagen zu besitzen. B 1416

Die Legitimation für den Transport war ohne Angabe eines Reisezieles. Die Führer und Offiziere erklärten, der Transport sei nach Militsch bestimmt — und sind dann morgens zwischen 2 und 3 Uhr in der Richtung Frankenstein, entgegen den Anordnungen des Landrats, mit Unterstützung hiesiger Bürger weitergefahren. Eine Untersuchung wegen des bedauerlichen Verstoßes gegen die Gesetze bezw. Anordnung des Staatsschutzes ist eingeleitet.

Der Landrat.
Geibel.

Verantwortlich für den politischen Teil: Max Fleischer, Breslau. — Verantwortlich für den übrigen Teil: Brieg, Zeitungsstraße 3. — Druck und Verlag der Buchdruckerei „Volkswacht", Breslau, Karlstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" in Breslau „Volkswacht", Breslau, Karlstraße 4.

Kreis Brieg.

Die Hausgehilfen.

Die Hausgehilfen, so nennt die neue Gesetzesvorlage, die jetzt im Reichsarbeitsministerium fertiggestellt worden ist, jene Klasse von weiblichen Arbeitnehmerinnen, die nach der Revolution, meist als Hausangestellte, vorher als Dienstboten oder als Gesinde, bezeichnet wurde. Das Gesetz, unter dem dies Gesinde stand, die Gesindeordnungen der verschiedenen Länder waren mehr oder weniger veraltet. Die geltenden Gesindeordnungen gingen nicht nur in das neunzehnte, sondern zum Teil sogar in das achtzehnte Jahrhundert zurück, in die Zeit, als die persönliche Abhängigkeit, insbesondere der Landbevölkerung, eine sehr große war und die veralteten Gesindeordnungen hielten das persönliche Abhängigkeitsverhältnis im hohen Maße aufrecht. Gesinde, das unberechtigt seine Stellung verließ, konnte nach der Gesindeordnung zum Beispiel durch die Polizei zurückgeholt werden. Es ist ein Verdienst der Revolution, daß sie dieses standesrechtliche Recht sofort beseitigte. Inzwischen hat sich um die Gestaltung des neuen Rechts ein eifriger Kampf erhoben zwischen den bürgerlichen Hausfrauen mit den von ihnen beeinflußten christlichen Hausangestelltenorganisationen gegen den freien Zentralverband der Hausangestellten. Die neue Gesetzesvorlage sucht da einen gewissen Ausgleich der entgegenstehenden Interessen zu schaffen.

Eine der am schwierigsten zu lösende Frage ist die der Regelung der Arbeitszeit. Es ist nicht fraglich, daß in dieser Beziehung in einer großen Zahl Fälle die Kräfte der Arbeitnehmerinnen, der Dienstmädchen, um einmal diesen unschönen, aber noch vielfach üblichen Ausdruck zu gebrauchen, über Gebühr ausgenutzt wurden. Es gab und gibt nicht wenige Hausfrauen, die der Meinung sind, das Mädchen habe für sie von morgens um 7 Uhr bis abends um 9 Uhr, oder gar 10 Uhr, ständig zu arbeiten. Das ist selbstverständlich ein unbilliges und unerfüllbares Verlangen. Auf der anderen Seite kann nicht verkannt werden, daß die mechanische Einführung des gleichmäßigen Achtstundentages (Arbeitszeit von 8—4 Uhr, oder von 8—5 Uhr mit einer Stunde Pause) unerfüllbar ist, weil sie der Eigenart der verschiedenen Hausbetriebe nicht gerecht wird. In einem Haushalt, in dem frühmorgens Kinder zur Schule gehen, beginnt die Arbeit früher. In einem anderen, wo der Mann vielleicht in seinem Berufe englische Tischzeit hat, dauert sie nachmittags länger usw. Der Gesetzentwurf legt den Gedanken einer Arbeitsbereitschaft zugrunde. Diese soll allgemein 13 Stunden dauern, an Sonn- und Feiertagen jedoch und an einem Werktag um 3 Uhr endigen. An diesem Werktage sollen dann die Hausgehilfen für sich Besorgungen machen und für sich arbeiten können. Die Arbeitsbereitschaft bedeutet jedoch keinesfalls, daß die Hausgehilfin nun 13 Stunden arbeiten soll. Sie muß durchaus Ruhepausen für sich in dieser Zeit haben, soll nur zur Verfügung sein, wenn vielleicht die Haustür zu öffnen ist, oder ähnliches. Auch muß ihr durchaus Gelegenheit zu einem täglichen Ausgang in die Luft im gesundheitlichen Interesse gegeben werden. Ausnahmen würden Tage bilden, an denen gewaschen und gründlich rein gemacht wird, vielleicht auch der Sonnabend. Das Gesetz sieht vor, daß, wo Dienst über die oben angegebene Zeit von 13 Stunden — Sonntags und Feiertags über 3 Uhr hinaus — verlangt werden, hierüber besondere Vereinbarungen zu treffen sind. Es wird dann eine Ueberstundenbezahlung einzutreten haben.

Der Gesetzentwurf fordert gute Kost und enthält auch die Bestimmung, daß die Schlafräume einwandfrei sind, also hell und luftig und im Winter heizbar sein müssen. Man glaubt es kaum, wenn man nicht Gelegenheit gehabt hat, es zu sehen, wie viele Mädchen heute noch in unheizbaren Wohnräumen und Kammern schlafen müssen. Es sollte dies nirgends geduldet werden.

Es ist fraglich, ob das Gesetz imstande sein wird, den Beruf der Hausgehilfinnen so zu heben, daß der immer wieder von Hausfrauen beklagte Dienstbotenmangel beseitigt wird, dessen Ursachen sie oft gern uns Sozialdemokraten, die wir angeblich die Hausgehilfinnen verhetzen, weil wir sie auffordern, sich ihrer Lebensberechtigung zu besinnen, zuschreiben. Nichts trägt einem so viel Hausfrauenfeindschaft ein, als wenn man für die Rechte der Dienstboten eintritt. Und doch, die wahren Ursachen des Dienstbotenmangels liegen tiefer, es ist die ständige Abhängigkeit, das Unfreisein in dem fremden Haushalt, das heute den meisten Mädchen widersteht, die in anderen Berufen nach getaner Berufsarbeit unabhängig sind, und frei über ihre Zeit verfügen können. Und in dem Hause, in dem das Mädchen als Hausgehilfin lebt, steht sie doch in den meisten Fällen außerhalb der Familie. Demgegenüber wird meistens übersehen, daß gerade die Arbeit der Hausgehilfin eine für Frauen besonders geeignete Arbeit ist. Sie ist durch den Wechsel der Arbeit, Bewegung usw. gesünder als manche andere Berufstätigkeit — etwa die Bedienung schwerer Maschinen, die Arbeit der Verkäuferinnen, die fast den ganzen Tag stehen muß, der Näherin, die fest an der Maschine sitzt usw. Auch ist die Kenntnis der Hausarbeit wertvoll für den späteren eigenen Haushalt. Der Fabrikarbeiterin fehlt sie sehr oft. In Amerika hat man die Frage der Hausgehilfin so gelöst, daß man besondere Heime für sie geschaffen hat, in denen sie wohnen und nur tagsüber in ihre Stelle zur Arbeit gehen. Abends sind sie dann ihr eigener Herr.

Die Hausfrauen erkennt der Gesetzentwurf als Arbeitgeber an und gesteht ihnen aktives und passives Wahlrecht für die Schlichtungsausschüsse zu. Die Hausfrauenvereine werden als Berufsorganisationen anerkannt und ihnen die Tariffähigkeit zugebilligt. Im übrigen soll die Festsetzung einer Reihe Einzelheiten örtlichen Bestimmungen überlassen sein, oder durch freie Vereinbarung zwischen beiden Parteien, der Hausgehilfin und der Hausfrau, geregelt werden. Es wird Aufgabe des freien Verbandes der Hausangestellten sein, für diese freien Vereinbarungen verschiedene Richtlinien und Grundsätze auszuarbeiten.

„Fort mit den Soziallöhnen."

Schon während des Krieges, also noch vor der Zeit der „Gärung", war es den Gewerkschaften gelungen, den Soziallohn in den Vordergrund der tariflichen Abmachungen zu stellen, gegenüber dem reinen Leistungslohn, wie er vor dem Kriege allenthalben bestanden hat. Der Soziallohn sichert den älteren, vor allem kinderreichen Arbeitern und Angestellten, einen höheren Lohn, wie den jüngeren, unverheirateten, obschon diese oft leistungsfähiger sind. Gegen diesen Soziallohn, besonders gegen das Kinder- und Haushaltungsgeld an die Verheirateten, waren nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Syndikalisten, die gerade dadurch manchen Junggesellen angezogen haben, weil sie immer behaupteten, auch dadurch hätten die „Bonzen" die Arbeiter an das Kapital verkauft. Nur die Kapitalisten hätten ein Interesse daran, daß junge Ausbutungsobjekte oder noch richtiger, industrielles Kanonenfutter groß gezogen würde, deshalb bewilligten sie das Kindergeld gerne. Daß das blühender Unsinn ist, beweist schon die Tatsache, daß die Unternehmer früher, als sie von den Gewerkschaften noch unbeeinflußt die Löhne ganz nach ihren Interessen festsetzen konnten, gar nicht daran dachten, Soziallöhne einzuführen, aber eben deshalb, weil es blühender Unsinn ist, wird er von den Kommunisten verzapft und geglaubt. Selig, die da glauben und nicht sehen, ihnen gehört das — Moskauer Himmelreich.

Wie der Soziallohn vom Unternehmertum bewertet und beurteilt wird, das spricht Herr Dr. Knut aus Dillenburg in der „D. Bergwerkszeitung" vom 21. Juni offen und deutlich aus. Dem kundigen Gewerkschaftsführer, der die Anschauungen dieser Kreise kennt, sie in Lohnverhandlungen so oft gehört und widerlegt hat, sagt Herr Knut nichts neues, um so interessanter dürften seine Ausführungen für unsere Arbeiter sein, die solchen Verhandlungen nicht beiwohnen, weshalb wir die Hauptsätze nachstehend wiedergeben. Herr Knut sagt:

„Verheiratete Arbeiter und Angestellte erhalten einen höheren Lohn als Unverheiratete. Personen mit einer größeren Anzahl von Kindern stehen sich besser als solche mit einer geringeren, und Gehalt und Lohn aller Kategorien staffeln sich direkt proportional dem Lebensalter. Im Laufe der Zeit hat jedoch dieses Prinzip zu einer vollkommenen Verkehrung der Verhältnisse geführt.

Indem es nämlich in allen inzwischen abgeschlossenen und heute in Geltung befindlichen Tarifverträgen Berücksichtigung fand, erzog es systematisch einen sehr großen Prozentsatz der Bevölkerung zu einer gedanklichen und praktischen Abstrahierung von der Leistung und zur Eingewöhnung in ein ganz neues System der Sozialversicherung in Theorie und Praxis, das uns verderblich zu werden droht, oder schon verderblich geworden ist.

An unsere Leser!

Wir bitten, genau zu beachten, welche Geschäftsleute bei uns inserieren und alle die zu meiden, die ihre politische Gegnerschaft auf das Geschäftsleben übertragen.

In der Tat ist denn auch seit der Einführung jener Lohnmaßstäbe ein Rückgang der betriebstechnischen und volkswirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen, der vollkommen ohne gleichen dasteht und uns bereits an den Rand des Verderbens gebracht hat. Der Rückgang der Leistung pro Kopf und Schicht ist eine so greifbare und jedem Betriebsinhaber und Betriebsleiter täglich in die Augen springende Tatsache, daß sie hier nicht näher erörtert zu werden braucht. Sie ist auch psychologisch verständlich, wenn man berücksichtigt, daß in einer Anzahl von Fällen durchaus tüchtige und intelligente Arbeiter neben solchen Kollegen stehen, die nur ebensoviel oder sogar weniger leisten und doch sich pekuniär besser stehen, nur weil sie ohne Sorgen geheiratet und ohne Skrupel Kinder in die Welt gesetzt haben.

Bevölkerungspolitisch aber ist dieses Prinzip sozialer Entlohnung nichts anderes, als eine Prämie auf den frühen Eheschluß, eine Belobigung für besondere Leistungen in der Erzeugung von Kindern. So ist das Endresultat der Soziallöhne ein dreifach verheerendes; sie verursachen:

1. einen privat- und volkswirtschaftlich verderblichen Rückgang der Leistungen (Erziehung zur Faulheit),
2. eine unbedingt arbeiterschädigende und zurzeit auch volkswirtschaftlich sicher nicht zu erstrebende Zunahme der Bevölkerung,
3. eine künstliche Aufblähung der Preise, die den einzelnen (Arbeiter und Unternehmer), sowie die Volksgesamtheit in gleicher Weise treffen.

Es liegt daher ebenso sehr im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, wie dem eines jeden einzelnen Gliedes derselben, gleichgültig, welcher sozialen Schicht er angehört und mit welchen wirtschaftlichen Aufgaben er betraut ist, mit dem vollständig verfehlten System sozialer Entlohnung endgültig zu brechen und überzulenken zu dem allein möglichen Prinzip ausschließlicher Entlohnung nach der Leistung.

Nur der Leistungslohn kann uns auf Grund der bekannten notorischen Wirkung wirtschaftlichen Interesses wieder anstacheln zu jener restlosen und vollkommenen Einsetzung aller Kräfte, die notwendig ist, um uns wieder auf die Beine zu bringen.

Allein der Leistungslohn kann uns wegen der in ihm liegenden Ausschaltung aller sozialen Momente anhalten zu jener weisen Beschränkung in der Bevölkerungsvermehrung, die uns heute bitter not tut und kann zu jener Hochzüchtung der Tüchtigen führen, die wir unbedingt brauchen, um wieder ein innerlich und äußerlich starkes und mannbares Volk zu werden.

Lediglich der Leistungslohn kann wegen seiner reinen Basierung auf tatsächlich Werte schaffende Arbeit beitragen zu jener Verminderung und Ueberwindung der Inflation, die der Soziallohn nur täglich verschlimmern wird.

Und endlich wird nur der Leistungslohn uns jenen Wiederaufbau der eigenen und der fremden Volkswirtschaften bringen, den wir erstreben und zu dem wir uns verpflichtet haben."

Das ist die Anschauung, wie sie in Unternehmerkreisen allgemein herrscht und auch der Psychologie des Privatkapitalismus entspricht und privatwirtschaftlich fälschlich beurteilt, auch ein Körnchen Wahrheit enthält. Volkswirtschaftlich betrachtet, sind die Soziallöhne entschieden berechtigt, sie sichern den Nachwuchs der Arbeitskräfte, das volkswirtschaftlich wichtigste, gut. Unsere Arbeiter ersehen aber daraus, welchen Unsinn die Kommunisten bisher in dieser Frage verzapft haben und wie sehr die Errungenschaft der Soziallöhne jetzt bedroht ist. Wollen die Arbeiter sie erhalten, dann heißt es: „Die Gewerkschaften stärken."

Protest gegen die Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz.

Die Sozialversicherungskommission des Afa-Bundes hat unter Hinzuziehung parlamentarischer Vertreter in ihrer Tagung am Sonntag, 26. Juni, eingehend zur Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz Stellung genommen. Sie ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Gesetzentwurf jeglicher gewissenhafter Unterlagen entbehrt und in unerhörter Weise der Angestellten Lasten aufbürdet, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen.

Im Novemberheft 1920 der Angestelltenversicherung hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bekanntgegeben, die versicherungstechnische Bilanz der R. f. A. habe einen Ueberschuß von 1,8 Milliarden Mark ergeben. Die Bilanz ist trotz wiederholten Versprechens bis heute nicht veröffentlicht worden. Die Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes „Die Handelswacht", schrieb am 3. November 1920 unter Hinweis auf den versicherungstechnischen Ueberschuß von der Möglichkeit einer starken Erhöhung der Renten ohne größere Beitragserhöhungen. Die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ließ sich unterm 16. Februar 1921 ähnlich vernehmen. Trotzdem wird heute den Angestellten eine Verzehnfachung der Beiträge in den untersten Klassen und eine Versechs- und Vervierfachung der Beiträge in den oberen Klassen zugemutet. Diese ungeheure Beitragserhöhung begründet das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte am 13. Juni 1921 u. a. wie folgt:

„. . . richtig ist vielmehr, daß die R. f. A. künftighin, wie der Invalidenversicherung nicht nachzustehen, angemessene Leistungen gewähren will, die der Entwertung des Geldes wenigstens einigermaßen angepaßt sind."

Dazu ist nun zu sagen, daß die Angestelltenversicherung noch nicht einmal in ihre eigentlichen Rentenleistungen eingetreten ist und nach der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1920 noch nicht 1½ Millionen Mark an Renten gewährt hat bei einer Beitragseinnahme von 419 Millionen Mark im Jahr. Dagegen zahlt die Invalidenversicherung an Renten und Beihilfen 1500 Millionen Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die gegenwärtigen Beiträge in der Angestelltenversicherung jetzt schon in der höchsten Klasse dreimal höher sind als die der Invalidenversicherung, während sie nach der Vorlage in Zukunft achtmal höher sein würden.

Wie reimt sich das alles zusammen mit dem so pompös angekündigten versicherungstechnischen Bilanzüberschuß von 1,8 Milliarden, der nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes die Möglichkeit zur Rentenerhöhung gibt? Warum hat das Reichsarbeitsministerium dem Reichstage darüber keine Unterlagen zugehen lassen? Es fehlt überhaupt jede einwandfreie rechnerische Unterlage.

Es geht daher auf keinen Fall an, den beteiligten Versicherten von oben herab eine bisher noch gar nicht begründete schwere Belastung aufzubürden, ohne ihnen irgendwie Zeit zur Stellungnahme zu geben. Der Afa-Bund erwartet daher von allen Parteien, daß sie sich der beabsichtigten Durchpeitschung der Vorlage noch vor der Sommerpause widersetzen.

Für die unehelichen Kinder.

Die Abgeordneten Frau Schroeder und Professor Dr. Radbruch (Soz.) haben im Reichstag die nachstehende Anfrage eingebracht:

1. Im Artikel 119 der Verfassung befindet sich der Satz: „Sie (die Ehe) beruht auf der Gleichberechtigung der beiden Geschlechter."

Artikel 121 der Verfassung lautet: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwickelung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern."

Was hat die Reichsregierung bisher getan, um diesen Verfassungsbestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch Geltung zu verschaffen?

2. Was ist geschehen zur Neuordnung des Ehescheidungsrechts?

---

* **Die Sterblichkeit in Deutschland** ist leider noch immer nicht auf einen normalen Stand zurückgegangen. Die Folgen der Kriegsernährung machen sich bei alten Leuten in ganz betrübendem Maße bemerkbar. Gesunkene Körperkräfte und hohe Lebenshaltungskosten nagen an der Lebensfreudigkeit und verringern die körperliche und seelische Widerstandskraft. Daraus erklärt sich die hohe Zahl der Todesfälle. Selbst im mittleren Lebensalter, besonders bei Frauen, ist die Sterblichkeitszahl noch unerfreulich hoch. Am größten ist sie bei kleinen Kindern. Die Wirkungen der Hungerblockade werden nicht in einem Jahrzehnt überwunden sein. Bedeutende ärztliche Kapazitäten haben das offen ausgesprochen.

* **Baukostenzuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge.** Nach einer stark verbreiteten Auffassung sind die Baukostenzuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge an die Bedingung geknüpft, daß die in Frage kommenden Bauten am 1. Oktober d. J. beziehbar sein müssen. Diese Auffassung hält zum Teil Bauarbeiter, die zurzeit in anderen Berufen arbeiten, ab, zur Bauarbeit zurückzukehren, aus der Befürchtung, daß ihnen im Baugewerbe angebotene Arbeit nur bis zum Oktober dauern würde. Andererseits ziehen angeblich Unternehmungen, die mit der Erstellung von bezuschußten Wohnungsbauten beschäftigt sind, um sich die an den früheren Termin gebundenen Zuschüsse nicht entgehen zu lassen, sogar ausländische Arbeiter heran. In einer Zuschrift an den ADGB. macht das Reichsamt für Arbeitsvermittelung aufmerksam, daß die gehegten Befürchtungen irrig sind. Die Baukostenzuschüsse werden auch über den 1. Oktober dieses Jahres hinaus gewährt, zurzeit teilweise bereits bis zum 1. April 1922.

* **Enttäuschte Fremdenlegionäre.** Viele junge Leute im Alter von 10 bis 20 Jahren bilden sich ein, sie würden von der französischen Fremdenlegion wieder entlassen werden, wenn sie bei ihrer Verpflichtung für den Dienst in der Fremdenlegion unwahrerweise erklärt haben, sie hätten das 20. Jahr bereits vollendet. Wie das Auswärtige Amt mitteilt, lehnt die französische Regierung es aber seit einiger Zeit grundsätzlich ab, solche Leute wieder zu entlassen. Es kann bei dieser Gelegenheit nur noch einmal dringendst davor gewarnt werden, sich mit Werbern für die Fremdenlegion irgendwie einzulassen. Wer hier auf guten Rat nicht hören will, hat im Nu sein ganzes Lebensglück verspielt.

* **Eine neue billige Bauweise.** Ein Hamburger Ingenieur Schroeder machte eine Erfindung, die es ermöglicht, Häuser zu einem Drittel des jetzigen Preises herzustellen. Die 34 Zentimeter starke Wand eines solchen Baues besteht aus zwei verschiedenen Wänden, die hergestellt werden durch Aufeinandersetzen von 50 Zentimeter langen, 30 Zentimeter breiten und 4 Zentimeter starken Betonplatten. Alle 50 Zentimeter werden sie verstreift, während der Hohlraum mit Schlacke oder Torfmull ausgefüllt wird. Diese Wände halten viermal besser die Wärme als gleich starke Ziegelmauern. Da sich die Matten durch jeden selbst herstellen lassen, so kommt diese Bauweise gerade für den kleinen Siedler in Frage.

* **Fahrraddiebstahl.** Dem Landwirtssohn Reiper aus Briesen wurde aus dem Hausflur des Hauptzollamtes das Fahrrad im Werte von 800 Mark gestohlen.

Immer und immer wieder wird in den Zeitungen gewarnt, die Fahrräder unbeaufsichtigt stehen zu lassen, doch scheinen die Warnungen in den Wind gesprochen zu sein. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht ein oder mehrere Räder als gestohlen gemeldet werden. Schon diese Meldung müßte die Besitzer von Fahrrädern zu erhöhter Wachsamkeit anspornen, leider ist das nicht der Fall. Wer nicht hören will, muß zahlen!

* **Vom Finanzamt Breslau.** Regierungsrat Hofe ist zum Steuersekretär ernannt.

Aus dem Kreise.

Groß-Mendorf. Mitglieder-Versammlung. Am 5. Juli hielt die hiesige Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins eine Mitglieder-Versammlung ab. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung gab Genosse Chr. Kieser einen umfassenden Kassenbericht über das zweite Vierteljahr. Hierauf wurde die Pachtkarteiverteilung eingehend besprochen. Die am 1. September ablaufende Pacht soll möglichst Arbeiter und kleine Besitzer als neue Pächter finden. Wenn die Bekanntmachung zu den Anmeldungen erfolgt, werden alle Genossen, die die Absicht haben, ein Stück Land zu pachten, ersucht, sich rechtzeitig eintragen zu lassen. Ueber die Vorteile des Versicherungsunternehmens „Volksfürsorge" gegenüber anderen Versicherungen sprach hierauf Genosse Ziegert und forderte die Genossen auf, diesem Arbeiterversicherungsunternehmen beizutreten. Seine Aufmunterung nach dieser Richtung hin blieb nicht ohne Erfolg. Unter Verschiedenem wurden weiter noch kleinere Angelegenheiten erledigt.

Kreis Ohlau.

Betriebsrätevorsammlung.

Am Sonnabend, den 2. Juli, fand bei Gleiß, Schloßteich, eine gute besuchte Betriebsrätevorsammlung statt, in der Genosse Wiersich-Breslau in Fortsetzung seines Vortrages vom 18. Juni sprach. Die Zuhörer folgten aufmerksam den Ausführungen und lernten dadurch wieder vieles kennen, was zwar nicht in den einzelnen Paragraphen geschrieben steht, sich aber durch deren richtige Erläuterung ergibt. Bei § 39 anfangend (bis dahin war das Gesetz in der letzten Stunde besprochen worden), ging Genosse Wiersich die einzelnen Paragraphen der Reihe nach durch, machte auf ihre Vorteile aufmerksam, beleuchtete aber auch eingehend die Mängel und Fehler, die ihnen noch anhaften. Die Arbeitgeber sollten dem Gesetz und dem darin festgelegten Mitbestimmungsrecht nicht so feindlich gegenüberstehen; denn auch ihnen bringt es Nutzen. So ist zum Beispiel festgestellt worden, daß in einem Betriebe, in dem der Betriebsrat an der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitwirken konnte, der Betrieb bei einer achtstündigen Arbeitszeit 15 Prozent mehr leistete, als vor dem Kriege in 10 Stunden. Den Vorsitzenden der Betriebsratsversammlungen legte Genosse Wiersich ans Herz, sich besonders den jungen Gewerkschaftskollegen zu widmen und durch gutes Vorbild in diesen Versammlungen erziehend zu wirken. Den Zusammenschluß in den Arbeitersportvereinen hielt Genosse Wiersich in diesem Zusammenhang als vorteilhaft für die ganze Arbeiterbewegung. Viel Interesse muß auch dem § 66 Abs. 8 entgegengebracht werden. Dieser besagt: „Der Betriebsrat hat die Aufgabe, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten." Dabei wies der Referent besonders auf den Arbeiter-Samariterbund hin und sollte dort, wo ein solcher besteht, ein Mitglied von ihm im Betriebsrat das Gebiet des Unfallschutzes bearbeiten, da dieses auf diesem Gebiet ein viel schärferes Auge hat, als jemand anders. Ein weitsichtiger Unternehmer wird ja auch selbst Interesse an guten sanitären Einrichtungen haben, um die Arbeitskraft seiner Arbeiter möglichst lange zu erhalten und zu nützen. Bei § 67 angelangt, schloß Genosse Wiersich seinen mit viel Beifall aufgenommenen Vortrag. Genosse Schölzel dankte dem Redner im Namen der Versammlung. Nach einer kurzen Ansprache empfahl der Vorsitzende noch die Anschaffung des Wirtschaftlichen Arbeitnehmertaschenbuches, sowie die Anschaffung des Kommentars zum Betriebsrätegesetz von Flatow. Bestellungen werden vom Kartell entgegengenommen. — Die nächste Versammlung kann wegen Verhinderung des Genossen Wiersich nicht am 16. Juli stattfinden. Es wird noch bekanntgegeben, wann sie abgehalten wird.

---

* **Volks-Konzert.** Wir machen hiermit auf das 1. Große Volkskonzert veranstaltet von der Ohlauer Stadtkapelle, am Sonnabend, den 9. Juli, abends 7½ Uhr, bei Drieschner aufmerksam. Eintrittspreis 50 Pf. pro Person. Erscheinen aller Gewerkschaftler ist Ehrenpflicht. Da nur klassische Musik zum Vortrag kommt, wird der Besuch dringend empfohlen.

Kartell der freien Gewerkschaften. Bildungsausschuß.

* **Vom Wohnungsamt.** Genosse Stadtrat Glogowski ist zum Dezernenten des öffentlichen Wohnungswesens ernannt worden. Seine Sprechstunden sind täglich von ½8 bis ½9 Uhr vormittags im Zimmer 12 des Rathauses. Dort können auch die neuen Wohnungskarten in Empfang genommen werden. Freiwerdende möblierte Zimmer müssen von jetzt ab gleichfalls angemeldet werden. Sie dürfen nur mit Genehmigung des Wohnungsamtes belegt werden.

* Die Polizeistunde ist vom Regierungspräsidenten in Breslau unter Vorbehalt des Widerrufs bis zum 15. Oktober 1921 allgemein auf 10½ Uhr festgesetzt worden. Wo Verlängerungen der Polizeistunde bis 11 bezw. 11½ Uhr zugelassen sind, bleiben diese bis auf weiteres in Kraft.

Aus dem Kreise.

Würben. Es wird Licht. Am 3. 7. hielt der hiesige Arbeiter-Radfahrerverein „Einigkeit" seine Gründungsfeier mit großem Festumzug, Gartenkonzert und Gesang ab. Der A. G. B. Märzdorf „Freie Sänger" und die Arbeiterradfahrervereine Ohlau, Scheibelwitz, Alt-Bergel, Peilwitz, der Würbener Arbeiterradfahrerverein, gleichfalls der bürgerliche Radfahrerverein und Handwerkerverein von Würben nahmen an dem Umzug teil. Der Wettergott wollt erst Regen schicken und mancher brave fromme Spieler von Würben wird sich gefreut haben, daß der Fest verregnen würde. Aber hier ging das Sprichwort vom „Alten Fritz" wieder in Erfüllung: „Der liebe Gott ist immer bei den stärksten Bataillonen!" Und da doch die Arbeiterpartei die stärkste Partei ist, muß es auch so passen. Der Umzug fand also bei schönstem Wetter statt. Als die Märzdorfer „Freien Sänger" das Lied „Kampf zum Licht" erschallen ließen, herrschte lautlose Stille in dem großen Festzelte, mit manchem mag es anders um seine Gesinnung geworden sein. Gleichfalls wurden die anderen Lieder mit Beifall aufgenommen, wie zum Beispiel: „Ja schön ist mein Schatz nicht" „Im Kreuz zum grünen Kranze" usw. Der Schreibewitzer A. G. B. führte einen tanzlustigen Reigen auf, man muß ihm volle Anerkennung zollen. Als Mahnung vor leichten Proletariern, die sich eine Zeit lang müssen müssen Tag für Tag, der immer auch Zeit und Geld haben, um sicher, man muß sagen, Kommerzlieder Gut, zu trinken, das sich bei alle Beteiligt, für die Jugend waren im Garten Buden aufgebaut, und manche Eltern mußten Geld, was sie ihre Sprößlinge sahen. Wir wünschen nun den Würbener Sportsfreunden Glück zu ihrem jungen Verein und erwarten, daß der Name „Einigkeit" in die Tat umgesetzt wird, und die Würbener arbeitenden Klassen lassen ein gedeihliches Fortgehen Ihnen, denn Einigkeit führt nur zum Ziele.

Kreis Münsterberg.

Oberschlesierhilfe und Orgesch.

Uns wird geschrieben:

Die „Münsterberger Zeitung" vom 5. Juli berichtet über die Werbeaktion für die notleidenden Oberschlesier. Dabei findet es der Berichterstatter dieser Zeitung sehr bezeichnend, daß sich von dem Ringelsnatz so viele Leute drängten, anscheinend verzichteten sie auf den Kunstgenuß lediglich deshalb, um für die Oberschlesierhilfe ihre milde Hand nicht öffnen zu brauchen. Der Gewährsmann der „Münsterberger Zeitung" schreibt weiter, es müsse mit Bedauern festgestellt werden, daß nicht alle den Ernst der Sache voll und ganz erfaßt haben. Es sei bedauerlich, daß auf dem hiesigen Bahnhof ein hier wohlbekannter Herr einigen Seminaristen gegenüber erklärte, er und seine Parteigänger geben nicht einen Pfennig für die Oberschlesierhilfe, da diese der Orgesch zugeführt wird. Diese Unterstellung müsse aufs schärfste zurückgewiesen werden. Es sei ferner zu bedauern, daß der betreffende Herr, der selbst Oberschlesier ist, eine solch frivole Aeußerung getan hat und durch seine verwerfliche Agitation in den Reihen seiner Parteigänger eine unheilvolle Verwirrung anrichtet.

Wenn die Arbeiterschaft nicht mehr wie früher hinter der immer mehr und mehr zum Banner des Kapitalismus erhobenen schwarz-weiß-roten Fahne einhermarschiert und dabei aus Leibeskräften „Deutschland über alles" singt, so braucht sich der Gewährsmann der „Münsterberger Zeitung" über die Stimmung der Arbeiterschaft keine Sorge machen.

Der feine Klasseninstinkt zeigt der Arbeiterschaft schon den rechten Weg, der sich in den Worten ausdrücken läßt: „Rechts steht der Feind des Arbeiterstandes".

Wie wir über Orgesch und notleidende Oberschlesier denken, lasse man gleichfalls unsere Sorge sein. Es geht jetzt so vieles unter der Firma Oberschlesien, worüber die Allgemeinheit im Unklaren belassen wird, bis es auch hier für viele ein fürchterliches Erwachen gibt.

Es scheint bald so, als ob sich auch ein Teil der Arbeiterführer der drohenden Gefahr gar nicht bewußt werden, und unter irgend einem Wohltätigkeitsmäntelchen ihren Feinden selbst noch die Position stärken helfen.

Wenn die Not der oberschlesischen Landsleute, und namentlich der unter dem polnischen Terror leidenden Arbeiterklasse von irgend einer Schicht des deutschen Volkes ernstlich verstanden wird, dann ist dieses die Arbeiterschaft selbst, die gerne helfen möchte, aber durch die wirtschaftliche Lage meistenteils selbst kaum das nackte Leben fristet.

Auch wir dienen der oberschlesischen Heimat und unseren bedrängten Landsleuten, und tun auch hier was möglich ist, ohne dabei auf die besondere Gnade zu rechnen, aus Anerkennung für besonders geleistete Dienste für Oberschlesien den Schlesischen Adler zu erhalten, den man sich aber, wie mir ein Herr, der es doch wissen muß, versicherte, erst für 15 Papiermärker erkaufen muß, für derartige Kinkerlitzchen sind wir ohne Interesse.

Würde der Gewährsmann der „Münsterberger Zeitung" etwas mehr unter den breiten Schichten des Volkes herumkommen, so würde er überall feststellen müssen, daß man den Flüchtling in der weißen Weste und im Bratenrock überall freundlich aufnimmt, ihm seine schwierige Lage zu erleichtern sucht.

Dem Flüchtling aber, der in der abgeschabten Kleidung des Arbeiters kommt, der wird nur als Ausbeutungsobjekt angesehen. Wenn man beobachten kann, wie auf der Bahnfahrt diese modernen Parias von dem honetten Bürgertum behandelt werden, so steigt einem die Schamröte ins Gesicht, schon öfter mußte man für seine bedrängten Landsleute Partei ergreifen, ihnen zur Seite stehen, ohne in der Zeitung mit ein paar Lappen zu glänzen.

Warum wir diesen Wohltätigkeitsfesten so mißtrauisch gegenüberstehen, ist die unumstößliche Tatsache, daß man demjenigen, der es wirklich benötigt und unter dessen Namen man doch die Veranstaltung getroffen hat, am allerwenigsten zuwendet.

Der Schreiber dieses hatte schon in früheren Jahren, bei Hochwasser und Hagelschäden dasselbe beobachten können, dem Reichen hat man gegeben, dem armen Mütterchen, dem das Hochwasser die Lehmkate weggeschwemmt hatte, gab man die Altersversorgung im Armenhaus. Wir wollen diese Sachen nicht wieder aufrütteln, sie wären höchst beschämend für die besitzende Klasse und ihre grenzenlose Habsucht.

Zum Schluß möchten wir der „Münsterberger Zeitung" den Rat geben, doch einmal öfter etwas von der scheinheiligen oberschlesischen katholischen Geistlichkeit und ihres vaterlandslosen Gebarens auf seiten der Polen, ihren frommen Lesern mitzuteilen. Diese verruchten Schwarzkittel treiben da unten eine verwerfliche hetzerische Agitation, deren Frivolität geradezu abstoßend wirkt. Es ist doch in den Augen dieser für Polen agitierenden Pfaffen keine Sünde, wenn ein Deutscher totgeschlagen wird.

In den Augen dieser konjurierten Brüder wird hier das Töten zum Werk heiligster Vaterlandsliebe und somit zum Gottesdienst, darin liegt wohl auch die christliche Rechtfertigung des Krieges.

Bei Ausbruch des Weltkrieges, als die Sozialdemokratie noch Protestversammlungen abhalten wollte und auch noch einige abhalten konnte, waren es Anhänger des Zentrums, die damals im Eichsfeld und Rheinland gegen uns operierten und uns als Hoch- und Landesverräter beim Kadi anzuschwärzen suchten.

Wir wollen unsern Klassengenossen die Augen öffnen, damit sie nicht wieder so in das Menschenschlachthaus hineintappen wie 1914; ob dieses der „Münsterberger Zeitung" gefällt oder nicht, kann uns gleichgültig sein.

Pa.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. Juli.

Die Tarifbewegung der Tabakarbeiter.

Kurz vor Kriegsausbruch kam eine Unternehmerzeitung im Tabakgewerbe ohne jedes Vorurteil zu dem Resultat, daß der Tarifvertrag in der Zigarrenherstellung eine Utopie ist, ein Schlagwort, welches in der Praxis jeder Begründung entbehrt. Damals waren von mehr als 200 000 Berufsangehörigen 31 613 freigewerkschaftlich organisiert, und die Tabakarbeiter, die einstigen Pioniere der deutschen Arbeiterbewegung, marschierten mit ihren Löhnen in der letzten Reihe. Die Industrie hatte ihre Betriebe zum größten Teil aufs flache Land verlegt, und die weibliche Arbeitskraft war vorherrschend. Die Organisation hatte deshalb bei ihrer Werbearbeit mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Dann kam der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen, der Waffenstillstand, die Revolution und der Friedensvertrag folgten und die Tabakarbeiter erwachten. Die Mitgliederzahl des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die im Jahre 1915 auf 23 653 herabgesunken war und 1918 29 188 betrug, stieg bis zum Schlusse des Jahres 1920 auf 113 267, wobei berücksichtigt werden muß, daß infolge der Einfuhrbeschränkung und Kontingentierung des Rohmaterials die Zahl der Beschäftigten in der Tabakindustrie gegen die Vorkriegszeit zurückgegangen ist. Von den 113 267 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1920 waren 88 918 weiblich. Inzwischen ist eine weitere Steigerung der Zahl der männlichen und der weiblichen Mitglieder zu verzeichnen.

Der steigenden Zahl der gewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter entsprechend wuchs auch deren Macht und Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die harte gehässige Unternehmer der Tabakindustrie mußten sich mit Gewerkschaftsvertretern an einen Tisch setzen und Tarifverträge abschließen. Was 1913 in ihren Augen Utopie war, ist inzwischen zur Wirklichkeit geworden. Im Januar 1920 wurde der erste Tarifvertrag für die Zigarrenherstellung abgeschlossen. Bei der steigenden und anhaltenden Teuerung im Jahre 1921 war es erklärlich, daß die Tabakarbeiter mit den zu Beginn des Jahres festgesetzten Löhnen nicht auskommen konnten. Es wurden von den Unternehmern Teuerungszulagen gefordert. Selbst war es nicht, sie zu annehmbaren Zugeständnissen zu bewegen; mußten die Zigarrenfabrikanten doch erst vor das Reichsarbeitsministerium gebracht werden, ehe sie sich dazu bequemten, den Verhältnissen durch Bewilligung von Teuerungszulagen Rechnung zu tragen. Die letzte Lohnerhöhung bewilligten die Zigarrenfabrikanten, wenn auch schweren Herzens, im Januar 1921.

Schon seit längerer Zeit tritt man im Arbeitgeberlager für Lohnabbau ein, und die Zigarrenfabrikanten wollten einmal die Probe auf das Exempel machen. Sie unterbreiteten, da der ReichsmantelTarif nur noch bis zum 30. April 1921 Geltung hatte, einen neuen Tarifentwurf mit einer Reihe von Verschlechterungen. In der mündlichen Verhandlung kam es zu keiner Verständigung, weil die Unternehmer den Lohnabbau wollten. Nachdem die Arbeiter einen zweiten Entwurf unterbreiteten, kam es zu neuen Verhandlungen und diese führten am 4. Juni zum Abschluß eines Reichs-Tarifvertrages. Der Angriff der Unternehmer, die den Lohnabbau wollten, war abgeschlagen worden. Die Zigarrenfabrikanten müssen nicht nur die alten Löhne weiter zahlen, sondern bei vielen Positionen noch etwas zulegen. Außerdem ist der Reichstarif übersichtlicher gestaltet. Aber auch der neuabgeschlossene Bezirkstarif für Schlesien bringt den Arbeitern in den meisten Positionen Verbesserungen.

Was erreicht wurde, verdanken die Tabakarbeiter der Stärke ihrer gewerkschaftlichen Organisationen. Notwendig ist aber nun, daß sich alle Tabakarbeiter dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen, damit dieser auch für die Zukunft erfolgreich weiter wirken kann. Ebenso notwendig ist es, daß sich die Tabakarbeiter mit den tariflichen Bestimmungen vertraut machen, damit sie überall und zur rechten Zeit ihre Rechte geltend machen können. Wer es versäumt, seinen tariflichen Lohn zu fordern, kann später keine Ansprüche mehr erheben.

Alle Zahlstellenbevollmächtigten nehmen Aufnahmen entgegen und erteilen Auskunft über die Tariflöhne. In Breslau wende man sich an den Ortsbeamten der Zahlstelle, Breslau, Gustav Tilge, Margarethenstraße 17, Zimmer 13.

Wo keine Zahlstellen bestehen, wende man sich an den Gauleiter, Max Clement, Breslau, Kaiser Wilhelmstraße 53, Telefon Ohle 1330.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Die gestern im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattgefundene Versammlung hat den Spruch des Bezirkslohnamtes angenommen, wonach allen im Baugewerbe beschäftigten Arbeitern 60 Pfennig auf die Stunde als Ausgleichsentschädigung gezahlt wird. Die Arbeit wurde heute Freitag wieder aufgenommen.

Die Auszahlung der letzten Streikunterstützung erfolgt Sonnabend Vormittag von 9 Uhr ab, wo sie die Frauen der Kollegen abholen und abends für die Kollegen von ½6 Uhr an. Am Montag wird die Auszahlung von Streikunterstützungen geschlossen. Wer sie bis dahin nicht abgeholt hat, von dem wird angenommen, daß er darauf verzichtet. Die Baudelegierten werden auf obiges dringend aufmerksam gemacht.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen.

Am Sonntag fand im großen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses der dritte schlesische Gautag statt, der hauptsächlich die Stellungnahme der schlesischen Ortsgruppen zu den schwebenden Verschmelzungsverhandlungen mit dem Einheitsverband und dem Hamburger Bund der Kriegsbeschädigten zum Ausdruck bringen sollte. Außer den Mitgliedern des Gauvorstandes und der Siedlungskommission Schlesien war der Bundesvorstand durch Kamerad Schümann-Berlin, der Gauausschuß durch Kamerad Cyrus-Oppeln, der Gau Groß-Berlin durch Kamerad Ludwig-Berlin, der Gau Freistaat Sachsen durch Kamerad Rühle-Dresden, der Gau Hannover durch Kamerad Glüser-Hannover sowie 15 Kreis- und 156 Ortsgruppen durch 182 Delegierte vertreten.

Gauvorsitzender Kamerad Vogel eröffnete die Tagung um 9 Uhr vormittags, brachte die Begrüßungsschreiben und Telegramme der Gaue Bayern, Hansastädte, Brandenburg und Hessen-Nassau zur Kenntnis und begrüßte ganz besonders die oberschlesischen Delegierten, von deren ein Teil die Mühen und Gefahren nicht gescheut haben in Breslau zu erscheinen, begründete damit auch das Ausbleiben einer großen Zahl von Ortsgruppenvertretern und nahm, nach kurzen Erwiderungen der Gäste in einem Referat zu den Einigungsverhandlungen das Wort, das den ablehnenden Standpunkt des gesamten Gauvorstandes zum Ausdruck brachte. Nach einer längeren Aussprache wurde zur namentlichen Abstimmung über eine Entschließung geschritten die Beibehaltung des Namens „Reichsbund", Aufrechterhaltung der Kriegsteilnehmerfrage, strikte Kriegsgegnerschaft und damit die Beibehaltung des gesamten Programmes einstimmig forderte. Somit ist für Schlesien jede Verschmelzung abgelehnt, einem Uebertritt anderer Organisationen in den Reichsbund jedoch der breiteste Raum gegeben.

Es sprachen weiter über die Aufgaben der Beisitzer und Mundanwälte bei den Versorgungsgerichten stellvertretender Bezirkssekretär Mittelschlesien, Kamerad Simon-Breslau, über die Notwendigkeit von Vertrauensärzten des Reichsbundes Gauleiter Kamerad Kalesse-Breslau und über die Aufgaben der Kreisgruppen Bezirkssekretär Niederschlesien Kamerad Brocke-Görlitz.

Die Aussprachen über die Versorgungsgerichtsverfahren und Aerztefrage waren äußerst anregend und interessant. Der eigenartigen Stellungnahme des Vereins der Breslauer Kassenärzte wurde besonderes Interesse zugewandt.

Allgemeine Bewegung rief ein Telegramm nachstehenden Inhalts hervor, das im Laufe der Verhandlungen eintraf:

„Gruß und besten Erfolg 3. Gautag entbieten die bedrängten oberschlesischen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen."

Es wurde in Anbetracht der oberschlesischen Frage eine besondere Entschließung angenommen. Schluß der Tagung 7 Uhr abends.

Sonntagskarten.

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt uns:

Da nach den Verlautbarungen, die in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, anzunehmen ist, daß die Sonntagskarten nur auf eine Entfernung von 60 Kilometern und nur von Breslau, Görlitz und Liegnitz ausgegeben werden, haben wir uns in Gemeinschaft mit dem Verkehrsamt der Stadt Breslau an die Eisenbahndirektion Breslau gewendet und darauf hingewiesen, daß die Ausgabe von Sonntagskarten in diesem Umfange unzulänglich und zweckwidrig ist, und daß wir den Grund für die Beschränkung in der Ausgabe nicht einsehen können. Wir haben ausgeführt, daß es der Eisenbahnverwaltung nur lieb sein kann, wenn die Reisenden möglichst weit fahren, da sie auf diese Weise höhere Einnahmen erhält, andererseits ist dem Publikum, beispielsweise von Breslau aus, nicht damit gedient, Sonntagsfahrten bis zu 60 Kilometer Entfernung zu machen, denn solche Sonntagsfahrten reichen gerade bis an den Rand der Gebirge. Wir haben die Eisenbahndirektion im Interesse der Volksgesundheit und im Interesse des Sonntagsverkehrs des Publikums gebeten, möglichst umgehend Sonntagskarten nach sämtlichen schlesischen Gebirgen wieder einzuführen und diese Karten auch schon Sonnabends mit der Gültigkeit für diesen Tag auszugeben. Wir haben ferner gebeten, nicht nur von Breslau, Liegnitz und Görlitz Sonntagskarten auszugeben, sondern wie früher von den verschiedensten Orten, denn eine billige Fahrt am Sonntage kann nicht nur den Bewohnern einiger weniger Städte vorbehalten werden.